

Screenreader-Hinweis: Die Navigation über das Inhaltsverzeichnis kann, je nach verwendeter Software, schwierig sein. Nutzen Sie dann die Navigation über die Überschriften.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Weichen in der Rentenpolitik gestellt | 3 |
| Menschen mit Behinderung kritisieren Politik | 4 |
| Ihre Meinung zählt – machen Sie mit! | 5 |
| Friedrich Stubbe wiedergewählt | 6 |
| Pflegebeiträge falsch eingesetzt | 6 |
| Fachübergreifender Austausch | 7 |
| Sündenbock Boomer | 8 |
| Einfach da sein, zuhören und Hilfe anbieten | 8 |
| „Es geht immer um das erste Auffangen“ | 10 |
| VdK lehnt Kürzung bei Wohnkosten ab | 12 |
| Große Unterschiede beim Elterngeld | 13 |
| Fakten zum Bürgergeld | 13 |
| Dämpfer für barrierefreies Wohnen | 14 |
| Mindestlohn steigt in zwei Stufen | 15 |
| Pflegegrad 2 für ein Kind mit Diabetes | 15 |
| Langer Kampf hat sich gelohnt | 17 |
| Zwischen Anarchie und Geborgenheit | 18 |
| Augen auf bei Vertragsabschluss | 19 |
| Heimkosten steigen weiter | 20 |
| Für die Arbeit wieder fit werden | 21 |
| Heilungschancen bei Brustkrebs verbessert | 22 |
| Fettabsaugung als Kassenleistung | 23 |
| Digitale Beipackzettel nur als Ergänzung | 24 |
| Hürden sind weiterhin zu hoch | 24 |
| Versicherte entscheiden über ePa-Inhalte | 26 |
| Früherkennung von Lungenkrebs | 27 |
| Schwere Lasten leichter heben | 28 |
| Sepsis: Anlaufstellen für Betroffene | 29 |
| Nachruf auf Peter Lassen | 30 |
| „Zukunftspakt Ehrenamt schmieden“ | 31 |

| | |
|---|----|
| VdK ist wichtiger Partner beim Abbau von Barrieren..... | 32 |
| Inklusion in der Kommune | 33 |
| Mit „Zauberschlägen“ zum Nationalspieler..... | 35 |
| Aktuelle Filme auf VdK-TV | 36 |
| VdK-TV-Magazin in Sport1..... | 37 |
| Bayern braucht ein Fitnessprogramm | 38 |
| CSD lockt viele Menschen an | 39 |
| Zwölf Jahre an der Verbandsspitze..... | 40 |
| Einsatz für Pflegebedürftige | 41 |
| Afra schwimmt..... | 42 |
| Altersarmut ist weit verbreitet | 42 |
| „Wir haben Inklusion erfahrbar gemacht“ | 44 |
| Rituale geben Halt und Geborgenheit..... | 45 |
| Passionstheater nicht barrierefrei..... | 47 |
| Leidenschaftlicher Kampf um Medaillen..... | 48 |
| Zwischen Tradition und Mode..... | 49 |
| In blauen Trikots durch den Olympiapark..... | 50 |
| Traunstein reißt 16 000-Mitglieder-Marke..... | 51 |
| Schongau feiert die Vielfalt | 51 |
| Am Glücksrad drehen, Nachbarschaft treffen | 52 |
| Spiel, Spaß und Einigkeit bis zum letzten Schlag..... | 52 |
| Auf zum Trachten- und Schützenzug..... | 53 |
| Türen offen beim VdK | 54 |
| Leben wie imMittelalter | 54 |
| Bei Anruf Kultur..... | 55 |
| Komische Inklusion..... | 57 |
| Klinik-Rankings sind oft nutzlos..... | 58 |
| Gefälschte Schreiben in Umlauf..... | 60 |
| Neuer Pflegebeitrag für die Rente..... | 61 |
| Badener in schwäbischen Diensten..... | 62 |

Weichen in der Rentenpolitik gestellt

Der VdK hält an seiner Forderung nach einem Rentenniveau von 53 Prozent fest

Die Bundesregierung hat mit einem Kabinettsbeschluss Anfang August die Weichen für eine Stabilisierung des Rentenniveaus und die Ausweitung der Mütterrente gestellt.

VdK-Präsidentin Verena Bentele betont, wie wichtig diese Entscheidungen für die Versicherten sind: „Die Festschreibung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und die Angleichung der Mütterrente sind wichtige Zukunftsversprechen für die Bürgerinnen und Bürger. Dass beide Projekte aus Steuermitteln finanziert werden, schont die Versicherten.“

Trotz dieser positiven Nachrichten in der Rentenpolitik bleiben Wermutstropfen: Die Stabilisierung des Rentenniveaus gilt vorerst nur bis zum Jahr 2031. Bentele erklärt, dass eine Anhebung des Rentenniveaus das Hauptziel des Sozialverbands VdK bleibt: „Wir fordern weiterhin eine nachhaltige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Sorge vor Altersarmut wäre das ein starkes Signal an Millionen Menschen – und würde das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung stärken.“

Die Mütterrente wird voraussichtlich zum 1. Januar 2027 erhöht. Damit werden Mütter endlich gleichgestellt, gleichgültig, ob ihr Kind bis oder nach 1992 geboren wurde. Gerade für die ältere Generation von Müttern ist diese Gleichstellung der Kindererziehungszeiten eine lang erhoffte Anerkennung ihrer Sorgearbeit unter erschwerten Bedingungen.

Konkret bedeutet diese Neuregelung, dass pro Kind ein zusätzlicher halber Entgeltpunkt, der 20,40 Euro monatlich brutto entspricht, ausgezahlt würde. Falls die pünktliche Auszahlung zum 1. Januar 2027 der Deutschen Rentenversicherung (DRV) technische Schwierigkeiten bereiten sollte, fordert der VdK eine rückwirkende Entschädigung.

Wichtig ist, dass beide Gesetzesvorhaben noch in diesem Herbst im Bundestag beschlossen werden. Weitere Projekte in der Rentenpolitik sind laut Koalitionsvertrag der Regierungsparteien die Einführung der sogenannten Aktivrente sowie eine Reform der betrieblichen Altersversorgung.

Der VdK bewertet die Pläne der Bundesregierung zur Aktivrente kritisch. Bei der Aktivrente sollen Rentnerinnen und Rentner monatlich bis zu 2000 Euro steuerfrei hinzuverdienen können. Bentele erklärt: „Die übergroße Mehrheit der über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitenden Menschen ist in Minijobs tätig und würde von der Steuerentlastung überhaupt nicht profitieren. Die Förderung der fitten Seniorinnen und Senioren mit guten Einkommen und das Vernachlässigen derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund der Pflege von Angehörigen nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können, verschärft die Spaltung.“

Sie fordert einen Dialog zwischen Politik sowie Arbeitgeberinnen und -gebern, wie es mehr ältere Beschäftigte gesund bis zur Regelaltersgrenze schaffen: Bessere Rahmenbedingungen für die Erwerbsarbeit braucht es im Besonderen für pflegende Angehörige und Menschen mit Schwerbehinderung. Sie benötigen flexible Arbeitszeitmodelle und inklusive Arbeitsplätze. Bentele sagt: „Sie brauchen einen starken Sozialstaat.“

Menschen mit Behinderung kritisieren Politik

Civey-Umfrage: Rund 63 Prozent der Befragten fühlen sich schlecht vertreten

Die Mehrheit der Menschen mit einer Behinderung sieht sich laut einer aktuellen Civey-Umfrage, die der Sozialverband VdK in Auftrag gegeben hat, politisch schlecht repräsentiert. Die Bundesregierung trägt zu diesem Stimmungsbild erheblich bei.

Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes stand im Sofortprogramm der Bundesregierung und hätte vielen Menschen den Weg zu mehr Teilhabe bereitet. Dass dieses Reformversprechen auf sich warten lässt, ist eine Enttäuschung für rund 7,9 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung – passt aber zu dem, was viele von ihnen von der Politik halten. Eine Umfrage, die der VdK beim Meinungsforschungsinstitut Civey in Auftrag gegeben hat, zeigt: Rund 63 Prozent der Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen fühlt sich von der Politik schlecht bis sehr schlecht vertreten. VdK-Präsidentin Verena Bentele nennt dieses Ergebnis „ein Armutszeugnis für Deutschland“.

Besonders kritisieren die Befragten mit über 40 Prozent Barrieren in der Mobilität. „Fehlende Aufzüge oder nur einseitig fahrende Rolltreppen sind für Rollstuhlfahrer ein K.-o.-Kriterium. Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder Sehbehinderungen können Fahrpläne oder Haltestellenanzeigen oft nicht erfassen. Millionen Menschen stehen rund um die Uhr vor Barrieren, deren Ausmaß für viele nicht erkennbar ist“, erklärt Bentele. Fast 30 Prozent der Befragten geben an, dass sie in der Freizeit mit vielen Hindernissen zu kämpfen haben, für das Arbeitsleben bemängelt dies jeder sechste.

Die VdK-Präsidentin fordert eine umfassende politische Strategie, die Menschen mit Behinderungen besser einbezieht. „Dafür muss die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes endlich ernsthaft angegangen werden.“

Ihre Meinung zählt – machen Sie mit!

VdK bittet um Einschätzung seiner Beratungs- und Informationsangebote

Der Sozialverband VdK startet am 20. August eine große Mitgliederumfrage – und lädt Sie herzlich zur Teilnahme ein!

Ihre Rückmeldungen und Antworten sind wichtig, damit der VdK seine Rechtsberatungs- und Informationsangebote in den nächsten Jahren weiterentwickeln kann. Die Nutzung der Rechtsberatung, die Akzeptanz des Ehrenamts, der Status der Digitalisierung und soziodemografische Merkmale sind Themenbereiche in der Befragung.

Beispielsweise werden folgende Fragen gestellt: Wie zufrieden waren Sie mit der Rechtsberatung? Bekleiden Sie ein Ehrenamt für den VdK? Welche Informationsangebote, darunter auch die VdK-ZEITUNG, nutzen Sie?

Auf der VdK-Webseite finden Sie unter den weiterführenden Link und zusätzliche Informationen zur Umfrage. Sie können auch mit Ihrem Mobiltelefon oder Tablet den nebenstehenden QR-Code scannen, um direkt zum Fragebogen zu gelangen.

Online-Umfrage

Beachten Sie bitte, dass die Umfrage nur online stattfindet. Das Ausfüllen des Fragebogens beansprucht etwa zehn bis 15 Minuten Ihrer Zeit. Selbstverständlich ist die Umfrage anonym, es können keine Rückschlüsse auf Ihre Identität gezogen werden. Die Umfrage wird von dem renommierten Meinungsforschungsinstitut Innofact AG durchgeführt.

Viele Teilnehmer

Wenn Sie keinen Computer oder andere digitale Endgeräte besitzen und Hilfe beim Ausfüllen der Umfrage benötigen, wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihr Umfeld. Freunde, Familienangehörige oder auch andere VdK-Mitglieder – sie alle können Sie bei der Teilnahme an dieser Online-Umfrage unterstützen.

Wichtig ist hier, dass möglichst viele VdK-Mitglieder bei dieser Befragung mitmachen, damit wir unser Angebot noch besser machen. Vielen Dank für Ihre Teilnahme! Wir freuen uns sehr auf Ihre Antworten!

Friedrich Stubbe wiedergewählt

VdK Niedersachsen-Bremen tagte in Hannover

Am 25. und 26. Juni trafen sich rund 200 Delegierte und Gäste des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen unter dem Motto „VdK: Hält zusammen“ in Hannover zum Landesverbandstag. Sie bestätigten Friedrich Stubbe mit großer Mehrheit im Amt des Landesverbandsvorsitzenden.

Stubbe führt den VdK Niedersachsen-Bremen seit dem Jahr 2017. Nach seiner Wiederwahl sagte er: „Ein Leben ohne den VdK kann ich mir nicht vorstellen – es gibt noch viel zu tun, und wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen für mehr Gerechtigkeit.“

Die Delegierten setzten die Themen Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und Barrierefreiheit ganz oben auf die sozialpolitische Agenda der kommenden Jahre. Ein besonderes Anliegen war ihnen die Mütterrente III. Es sei dringend geboten, allen Müttern endlich drei Rentenpunkte zuzuerkennen, auch jenen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, so Stubbe.

In der Landespolitik will sich der VdK Niedersachsen-Bremen dafür starkmachen, dass Ehrenamtliche keine Urlaubstage mehr aufwenden müssen, wenn sie an Veranstaltungen wie Ehrenamtsseminaren oder Landesverbandstagen teilnehmen. Davon könnten alle profitieren, die sich in der Region im VdK ehrenamtlich engagieren.

VdK-Präsidentin Verena Bentele zeigte sich angesichts des Mitgliederwachstums beeindruckt. Ende 2024 hatte der VdK Niedersachsen-Bremen 114 073 Mitglieder. Im Vergleich zum Jahr 2021 war dies ein Anstieg um 18,4 Prozent.

Auf der Festveranstaltung gratulierte Bentele vor rund 200 Gästen aus Verbänden, Justiz und Verwaltung Stubbe und dem Vorstand zur Wiederwahl. In ihrer Rede betonte sie die große Bedeutung des Ehrenamts: „Es stärkt die Gemeinschaft, wirkt gegen Einsamkeit und entfaltet politische Wirksamkeit. Ehrenamtlich Engagierte wissen Bescheid, was läuft und was nicht so gut funktioniert. Sie kennen die Probleme der Mitglieder. Statt in Wut oder Resignation zu verfallen, haben sie sich entschieden, die Dinge anzupacken und besser zu machen.“

Pflegebeiträge falsch eingesetzt

Verfassungswidriges Vorgehen: VdK sucht Kläger

Der Sozialverband VdK plant mit Blick auf zweckwidrig verwendete Beitragsgelder aus der gesetzlichen Pflegeversicherung Musterklagen von VdK-Mitgliedern. Es geht um 5,2 Milliarden Euro, die von der Bundesregierung zur Finanzierung von Corona-Maßnahmen der Versicherung entnommen und nicht an sie zurückgezahlt wurden.

Nach Auffassung des VdK hat die Bundesregierung Beitragsgelder verwendet, um gesamtgesellschaftlich relevante Krisenbewältigung während der Pandemie und somit versicherungsfremde Aufgaben zu finanzieren. Daraus resultiert erstens eine einseitige Belastung der Beitragszahlenden. Zweitens führt dieses Vorgehen zu einer Unterfinanzierung in der Pflegeversicherung in Höhe von 5,2 Milliarden Euro, zu deren Deckung die Versicherten mit zu hohen Beiträgen herangezogen worden sind. Eine Refinanzierung aus Steuermitteln ist bis heute durch die Bundesregierung ausgeblieben. Dagegen will der VdK vor dem Sozialgericht, falls notwendig auch bis zum Bundessozialgericht klagen.

VdK-Präsidentin Verena Bentele kritisiert, dass dieser Zugriff auf Beitragsgelder „eine verfassungswidrige Zweckentfremdung“ darstellt und dem aus dem Grundgesetz abzuleitenden Gebot der Belastungsgleichheit widerspricht.

Da der VdK nicht als Verband klagen kann, sucht die Bundesrechtsabteilung unter den Mitgliedern Musterklägerinnen oder Musterkläger, die sie vor den Sozialgerichten vertreten kann. Die Klage richtet sich zwar gegen die Erhebung der Pflegeversicherungsbeiträge. Ziel ist es aber, dass die Regierung endlich ihre Schulden bei der gesetzlichen Pflegeversicherung zugunsten aller Versicherten begleichen muss.

Fachübergreifender Austausch

Der Koordinierungskreis „Recht und Sozialpolitik“ ist Anfang Juli turnusgemäß in der Bundesgeschäftsstelle des VdK in Berlin zusammengekommen.

Dazu haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus den Rechtsberatungen und den sozialpolitischen Abteilungen der Landesverbände mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesrechtsabteilung, dem Wissensmanagement und der sozialpolitischen Abteilung vom Bundesverband für einen fachlichen Austausch getroffen.

Aktuelle Fragestellungen

Es wurden aktuelle Fragestellungen und Probleme aus der Rechtsberatung sowie der Sozialpolitik fachübergreifend diskutiert. Auf der Tagesordnung standen Vorträge zum von der Bundesregierung geplanten Primärarztsystem, Probleme im Übergang von Arbeitsmarkt und Reha zur Erwerbsminderungsrente sowie Strategien aus dem Wissensmanagement und der Rechtsberatung, wie mit künstlicher Intelligenz umgegangen werden soll. Besonders lebhaft wurde über den alltäglichen Umgang und die Probleme bei der Beschaffung von Gutachten durch die Rechtsberaterinnen und Rechtsberater diskutiert. Einerseits wird die Bürokratie als überbordend und teilweise gängelnd wahrgenommen, andererseits hat sie Schutzfunktionen und sichert Ansprüche.

Kommentar

Sündenbock Boomer

Deutschland sucht den Sündenbock. Oder gleich eine ganze Herde. Denn wer ist schuld, dass die jungen Leute bang in ihre Rentenzukunft schauen? Die geburtenstarken Jahrgänge von 1946 bis 1964, die jetzt nach und nach ihre gesetzliche Rente ausbezahlt bekommen, aber frecherweise vorher zu wenig Kinder gekriegt haben. Das findet offenbar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und hat einen Vorschlag.

Mit einem Abschlag sollen einkommensstarke Rentnerinnen und Rentner ärmere Menschen im Rentenbezug unterstützen. Damit deren Altersarmut nicht auch noch von den Jungen aufgefangen werden muss. Ab circa 1000 Euro wäre der Abschlag fällig. Einen etwas abschätzigen Namen hat das DIW dafür erfunden: „Boomer-Soli“.

Dieser Vorschlag empört unsere Mitglieder. Fängt Reichtum ernsthaft bei 1000 Euro im Monat an? Wohl nicht.

Ich schlage ein VdK-Gegenkonzept vor. Nennen wir es der Einfachheit halber „Reichen-Soli“. Er greift, wo sich der Staat unverständlicherweise am meisten ziert: bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen von überreichen Menschen. Bis zu zehn Milliarden Euro könnte eine sozial gerechte Erbschaftssteuer bringen, 40 Milliarden Euro eine verfassungskonforme Vermögensteuer und weitere 25 Milliarden Euro eine konsequente Bekämpfung und Ahndung von Steuervermeidung.

Dieses viele Geld würde in der Staatskasse landen, wenn Erbschaften ab zwei Millionen Euro und Vermögen ab fünf Millionen Euro besteuert werden. Das beträfe in Deutschland etwa 300 000 Menschen, die das gut verkraften könnten. Das DIW kann unseren Vorschlag sehr gerne durchrechnen und sich überzeugen lassen. Schön am „Reichen-Soli“ ist nämlich: Er wird von allen sehr Vermögenden bezahlt, jüngeren wie älteren – „Boomer“ inklusive.

Das VdK-Steuerkonzept stammt von Fiscal Future. Dahinter stecken junge Menschen aus der Wirtschaftswissenschaft. Wie viele ihrer Generation finden sie gesellschaftliche Solidarität vernünftig. Ein „Boomer-Soli“ ist für sie ein Fall für die Mottenkiste.

Einfach da sein, zuhören und Hilfe anbieten

VdK-Mitglied Josef Mittermaier über seine mehr als vierjährige Tätigkeit als Notfallseelsorger in Simbach am Inn

Der Simbach im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn wurde am 1. Juni 2016 plötzlich zum reißenden Fluss. Sieben Menschen starben durch die Flut, zahlreiche Häuser wurden zerstört. Josef Mittermaier kümmerte sich mehr als vier Jahre als Notfallseelsorger des Roten Kreuzes um Betroffene.

„Wie ein Einbrecher, der unerwartet kommt und alles verwüstet.“ Solche oder ähnliche Aussagen hat Josef Mittermaier bei seinen Gesprächen mit Betroffenen der Flutkatastrophe immer wieder gehört. Der mittlerweile 69-jährige Rentner arbeitete als Notfallseelsorger in der Gemeinde Simbach. Zusammen mit einer Kollegin und zwei Kollegen war er im Auftrag des Bayerischen Roten Kreuzes vor Ort und lebte auch in Simbach.

Unmittelbar nach der Katastrophe hatte die Hilfsorganisation ein Büro errichtet – zunächst in einem Container, später in einem Gebäude im Ortskern von Simbach. „Wir haben ein Projekt entwickelt und umgesetzt, das es bis dahin noch nicht gegeben hat“, erzählt Mittermaier der VdK-Zeitung. Möglich machten es Spendenmittel.

Die vier Teammitglieder teilten sich auf die betroffenen Ortschaften auf. Als „aufsuchende“ Helferinnen, Helfer und Seelsorger gingen sie durch die Straßen. „Überall wurde gewerkelt“, berichtet er. „Wie geht’s?“, fragte er die Menschen. Sehr oft kam er so ins Gespräch. Sie führten ihn durch die zerstörten Zimmer.

Sicherheit geben

Die Verzweiflung war ihnen anzumerken. Manch einer, der sehr erfolgreich im Beruf war, saß regungslos vor den Hilfsanträgen, war blockiert und wusste nicht, was er schreiben soll. Mittermaier half den Betroffenen beim Ausfüllen. Seine wichtigste Aufgabe war es jedoch „einfach nur da zu sein und zuzuhören“, sagt das VdK-Mitglied. „Unser Team konnte so den Menschen Sicherheit geben in einer Zeit, in der alle Ordnung verschwunden war.“

Dieses Unglück löste bei vielen in diesem Gebiet Traumata aus. „Plötzlich ist mit einem Schlag das Haus verwüstet“, erzählt Mittermaier. Alles war weggeschwommen oder vernichtet. Besonders zu schaffen machte vielen der Verlust von Fotos und persönlichen Erinnerungsstücken, die nicht zu ersetzen waren. Mittermaier fragte dann zum Beispiel, ob vielleicht Kinder, Verwandte oder Freunde die Bilder noch haben.

Es sei wichtig gewesen, mitfühlend zu sein. Oft ließ er die Betroffenen einfach nur erzählen. „Wenn man redet, sortiert sich der Mensch neu.“ Es gebe für Notfallseelsorger auch keine Mustersätze, die bei solchen Unglücken helfen. „Manchmal lasse ich die Situation einfach beschreiben und frage: ‚Was siehst du jetzt?‘“ Bei den Menschen zu bleiben, vielleicht zu fragen, ob sie etwas essen wollen, und zum Abschied anzukündigen, wieder vorbeizuschauen. Auf diese Weise Verlässlichkeit zeigen, sei entscheidend für eine erfolgreiche Hilfe gewesen.

Nach einiger Zeit, in der die Menschen rund um die Uhr räumten und arbeiteten, oft unter Schlaflosigkeit oder Albträumen litten, konnte das Rote Kreuz den Einwohnerinnen und Einwohnern Abwechslung oder Erholungswochenenden anbieten. Hotels in der Umgebung, beispielsweise in Bad Birnbach, stellten kostenlos Zimmer zur Verfügung. Das Helferteam organisierte auch Kinobesuche mit unterhaltsamen Filmen, Kletterkurse oder lud die Menschen zum Flutcafé mit gespendetem Kuchen ein.

Am Ende des Projekts war es für Mittermaier schön zu beobachten, wie die Menschen wieder „zurück ins Leben, zurück in die Gemeinschaft“ fanden. Mit seiner damaligen Hündin Brooke ging er durch die Straßen. Immer wieder wurden die beiden eingeladen, und die Bewohnerinnen und Bewohner zeigten ihnen stolz, dass sie sich neu eingerichtet hatten. „Es war gut zu sehen, dass sie ihr Leben wieder im Griff hatten“, sagt Mittermaier. Nach seiner Tätigkeit in Simbach zog er um und lebt heute in Mittelfranken. Im Rückblick zieht er ein positives Fazit: „Das Projekt konnten wir sehr gut abschließen.“

„Es geht immer um das erste Auffangen“

Psychosoziale Notfallversorgung ist professionell organisiert und wird von Ehrenamtlichen getragen

Die Psychosoziale Notfallversorgung steht Menschen in psychisch belastenden Situationen bei und ist flächendeckend verfügbar. Doch manchmal sind die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auch selbst emotional überfordert.

Bei einer Naturkatastrophe oder einem schweren Verkehrsunfall sind viele verschiedene Rettungskräfte gefordert. Zunächst geht es darum, das Leben und die Gesundheit Betroffener zu erhalten. Doch bei schlimmen Ereignissen mit Todesfällen und schweren Verletzungen ruft die Einsatzleitung auch speziell ausgebildete Kriseninterventionsteams (KIT), erklärt Grit Burmeister-Brandt, Referentin für Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) beim Deutschen Roten Kreuz (DRK). Sie schildert, in welchen Situationen für beteiligte Personen typischerweise ein KIT hinzugezogen wird: Wenn jemand bei einer Reanimation eines Angehörigen dabei war, die erfolglos verlief. Wenn jemand Augenzeuge eines Verkehrsunfalls oder Bahnunglücks mit vielen Verletzten wurde. Oder während jemandem gerade eine Todesnachricht durch die Polizei überbracht wird.

Einheitliche Abläufe

Die Erste Hilfe für die Psyche ist ein ehrenamtliches Angebot. KITs werden von verschiedenen Organisationen bereitgestellt. Wer in der PSNV arbeitet, hat eine standardisierte Fachausbildung absolviert und ist mit einheitlichen Abläufen vertraut. „Das erleichtert die Zusammenarbeit mit Behörden und erhöht die Qualität der Akuthilfe“, sagt die Notfallpsychologin.

Jeder Einsatz ist anders. Die wichtigste Aufgabe vor Ort: „Es geht immer um das erste Auffangen. Denn wir wissen, dass jeder Mensch gewisse Ressourcen hat, um eine Krise selbst zu bewältigen“, erklärt Burmeister-Brandt. Die Helferteams sollen Sicherheit, Orientierung und Stabilisierung vermitteln. Sie loten aus, ob das soziale Umfeld Betroffene emotional entlasten kann oder ob weiterer Unterstützungsbedarf besteht. Sie verweisen auf Hilfsangebote wie die

Telefonseelsorge. Dann zieht sich das KIT wieder zurück. Längerfristige Einsätze (siehe Artikel unten) sind die Ausnahme.

Zusammenhalt stärken

Auch wenn Katastrophen allgegenwärtig erscheinen, sind Extremsituationen, in denen KITs zum Einsatz kommen, Ausnahmen. Dennoch sind viele Menschen verunsichert. Ob Naturgewalten, Anschläge oder gewaltsame Konflikte – wir werden täglich mit negativer Berichterstattung überflutet. „Wir fühlen uns davon dauergestresst“, sagt Dr. Isabella Helmreich, Leitung des Wissenstransfers am Leibniz-Institut für Resilienzforschung in Mainz. Sie erklärt, warum es so schwer ist, sich dem zu entziehen: „Das menschliche Gehirn ist darauf trainiert, auf negative Reize besonders zu reagieren. Das hat evolutionsbiologische Ursachen, weil wir früher immer nach Gefahren Ausschau halten mussten, um zu überleben.“ Manche Menschen neigen dazu, sich angesichts der Krisen ins Schneckenhaus zurückzuziehen. Helmreich schlägt eine andere Strategie vor: „den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, also in den Austausch mit anderen zu gehen. Wer sich etwa ehrenamtlich engagiert, kann aktiv etwas bewegen und Dinge verändern.“

Auch Tobias Roming bricht eine Lanze für das Ehrenamt generell: „Die Arbeit in einer Hilfsorganisation ist sinnvoll investierte Zeit und macht viel Spaß.“ Er arbeitet seit seinem 14. Lebensjahr freiwillig für das THW. Damals wurde die THW-Jugend in seinem Heimatort in Baden-Württemberg gegründet. Seit 1999 kümmert er sich als psychosoziale Fachkraft um die Akuthilfe für Einsatzkräfte.

Traumatische Einsätze

Seine Erfahrung: Man kann noch so professionell sein, manche Einsätze bringen das emotionale Gleichgewicht ins Wanken. „Erinnerungen an Geräusche oder Gerüche während des Unglücks oder der Gedanke an den Kinderschuh auf der Straße nach einem Verkehrsunfall – so etwas kann auch eine Einsatzkraft wieder in das Erlebte zurückwerfen. Dann läuft die ganze Stresskaskade von Neuem ab“, erklärt Roming. Dann ist es wichtig, wenn die Helfenden über das, was sie erlebt haben, sprechen. Der Experte ist froh, dass es heute viel selbstverständlicher als noch vor 20 Jahren ist, dass Einsatzkräfte offen über mentale Belastungen reden.

Die Einsatznachsorge wird allen Helfenden angeboten. Innerhalb von 72 Stunden nach einem Einsatz findet ein strukturiertes Gruppengespräch statt. Roming erlebt oft, dass es länger dauern kann, bis Betroffenen klar wird, dass sie aufgrund eines Einsatzes psychische Probleme haben. Deshalb werde genau dokumentiert, wer bei welchem Einsatz dabei war. „Das muss ich auch nach fünf Jahren noch zurückverfolgen können“, sagt er.

Der THW-Mitarbeiter lobt – ebenso wie Kollegin Burmeister-Brandt vom DRK – die genormten Grundausbildungen: „Ein Helfer in Flensburg lernt nichts anderes als in München. Treffe ich eine Einheit aus Rheinland-Pfalz, weiß ich genau, was die können.“

Roming outet sich gerne als großer Freund des Sozialstaats. Allerdings versteht er die Kritik, dass zu viele Aufgaben ans Ehrenamt delegiert werden. „Unser Zivil- und Katastrophenschutzwesen und auch das Löschwesen würden ohne ehrenamtliches Engagement nicht funktionieren. Doch auf Dauer lässt sich das nicht ehrenamtlich lösen. Denn wir können nicht rund um die Uhr Bereitschaftsdienst haben“, stellt Roming klar.

VdK lehnt Kürzung bei Wohnkosten ab

Bentele: „Wohnungskrise darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden“

Weil die Mieten steigen, erhöhen sich auch die Wohnkosten, die das Jobcenter Bürgergeldempfängern bezahlt. Doch anstatt hier zu kürzen, wie Bundeskanzler Friedrich Merz vorgeschlagen hat, fordert der Sozialverband VdK, endlich mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen. Ansonsten droht vielen Menschen die Obdachlosigkeit.

Die Mieten werden immer teurer. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) stieg die durchschnittliche Nettokaltmiete zwischen 2010 und 2024 um 64 Prozent. Besonders betroffen sind Großstädte wie München oder Berlin, dort wird oft 20 Euro und mehr pro Quadratmeter verlangt.

Viele Kommunen haben in der Vergangenheit durch den Verkauf von Wohnungen zu dieser negativen Entwicklung beigetragen. Während die Immobilienwirtschaft davon profitiert, belastet sie alle Menschen, die zur Miete wohnen – insbesondere jene mit geringen Einkommen.

Steigende Ausgaben

Die Ausgaben der Jobcenter für die Wohnkosten von Bürgergeld-empfangnerinnen und -empfangnern sind ebenfalls stark gestiegen. Im aktuellen Bundeshaushalt sind dafür 13 Milliarden Euro vorgesehen, hinzu kommt ein Anteil in Milliardenhöhe, den die Kommunen übernehmen.

Weil Wohnraum insgesamt viel teurer geworden ist, sieht der VdK keine Lösung darin, bei den Kosten für die Unterkunft von Bürgergeldempfängern zu kürzen. Das sei realitätsfremd und verkenne das eigentliche Problem, kritisiert VdK-Präsidentin Verena Bentele. „Es braucht vielmehr eine große politische Offensive, um das Wohnen wieder bezahlbar zu machen. Und zwar für alle. Dazu gehören mehr Sozialwohnungen, eine gezielte Stärkung der gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft und echte Beschränkungen bei den Mietsteigerungen durch eine effektive und unbefristete Mietpreisbremse und Mietendeckelungen.“

Ämter übernehmen Wohnkosten nur bis zu einer Obergrenze. „Viele Sozialgerichte bescheinigen den Jobcentern, dass die gewährten Wohnkosten zu niedrig und zu diesen Preisen keine Wohnungen zu finden sind“, kritisiert Bentele.

Miete statt Essen

Die Folge ist, dass viele Familien im Bürgergeld einen Teil der Miete aus ihrem Regelsatz selbst zahlen müssen und dadurch weniger Geld etwa für Lebensmittel haben. „Diese sogenannte Wohnkostenlücke betrug 2024 fast 500 Millionen Euro im Jahr. Wer hier noch kürzen will, sorgt für massenweise Wohnungs- und Obdachlosigkeit“, erklärt Bentele.

Die Ausgaben für die Wohnkosten seien hoch, räumt die VdK-Präsidentin ein. Das betrifft das Bürgergeld, aber auch das Wohngeld, das vor allem Rentnerinnen und Rentnern und arbeitenden Alleinerziehenden zugutekommt. „Doch hier zu kürzen, hieße, die Wohnungskrise auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen.“

Große Unterschiede beim Elterngeld

Männer erhalten wesentlich höheres Elterngeld als Frauen. Das Statistische Bundesamt hat Zahlen für das Jahr 2024 vorgelegt.

Während Väter im Durchschnitt 1337 Euro monatlich erhielten, bekamen Mütter nur 830 Euro. Dafür sind vor allem zwei Faktoren ausschlaggebend: Väter waren häufiger vor der Geburt erwerbstätig und verdienten zudem mehr. Außerdem zeigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass nur jeder vierte Elterngeldbeziehende ein Mann ist.

„Diese Diskrepanz zeigt, dass das aktuelle System nicht ausreichend zur Gleichstellung beiträgt und zugleich existenzielle Benachteiligungen für Mütter birgt“, kritisiert VdK-Präsidentin Verena Bentele. Der VdK fordert stärkere Anreize, damit Väter sich intensiver an der Betreuung ihrer Kinder beteiligen. „Gleichzeitig muss das Elterngeld an die Lebensrealität heutiger Familien angepasst werden. Dazu gehören regelmäßige Inflationsanpassungen, um den echten Wert der Leistung zu sichern“, so Bentele weiter.

Auch Einkommensersatzleistungen, etwa Krankengeld oder Kurzarbeitergeld, die vor der Geburt bezogen wurden, dürfen nicht dazu führen, dass das Elterngeld gemindert wird. Darüber hinaus setzt sich der VdK für eine Erweiterung der Leistungen für Eltern von Kindern mit Behinderung ein, um diesen Familien besser gerecht zu werden.

Fakten zum Bürgergeld

Studie ergibt differenziertes Bild der Beziehenden

Die Stigmatisierung von Personen, die Bürgergeld beziehen, hat stark zugenommen. Eine neue Studie räumt mit einigen Vorurteilen auf, mit denen diese Menschen oft konfrontiert werden.

Im Juni 2025 präsentierten der Verein Sanktionsfrei und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) eine Studie zum Bürgergeldbezug. Eine deutliche Mehrheit der befragten Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher (74 Prozent) strebt demnach einen raschen Ausstieg aus dem Bürgergeld an, weil sie sich dafür schämen. Über die Hälfte der Menschen, die Bürgergeld erhalten, hat gesundheitliche Einschränkungen, die sich als Hürde bei der Arbeitssuche erweisen.

Eine weitere Erkenntnis: Bürgergeld betrifft häufig Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende mit kleinen Kindern, pflegende Angehörige sowie Personen, die eine Sprachförderung, Weiterbildung oder Ausbildung absolvieren oder berufstätig sind, aber dennoch ergänzend auf Bürgergeld angewiesen sind.

Zugleich bestätigt die Studie: Die derzeitigen Regelsätze reichen für ein würdiges Leben nicht aus. Mehr als die Hälfte der Haushalte schafft es nicht, regelmäßig ausreichend zu essen. Über die Hälfte der Eltern verzichtet auf Nahrung, damit die Kinder satt werden.

VdK-Präsidentin Verena Bentele hat angesichts dieser Zahlen die Bundesregierung dazu aufgefordert, ihre Stimmungsmache gegen Menschen, die Bürgergeld beziehen, zu stoppen und sich auf notwendige Reformen zu konzentrieren.

Dämpfer für barrierefreies Wohnen

Programm „Altersgerecht Umbauen“ liegt auf Eis

Über das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ wird es keine Zuschüsse mehr für den Rückbau von Barrieren geben. Der Sozialverband VdK kritisiert, dass dafür im Bundeshaushalt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Seit Anfang des Jahres können keine Zuschüsse mehr für den barrierereduzierenden Umbau aus dem KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ mehr beantragt werden. Die neue Bundesregierung plant in ihrem Haushalt für das laufende Jahr auch keine neuen Mittel für das Investitionsprogramm ein.

Aus VdK-Sicht ist es unbegreiflich, dass der KfW-Investitions-zuschuss nicht weiter finanziert wird. „Dieser Zuschuss ermöglicht, Wohnungen barrierefrei umzubauen. Insbesondere Seniorinnen und Senioren können dadurch selbstbestimmt leben und einen Pflegeheim-Umzug hinauszögern oder vermeiden“, erklärt VdK-Präsidentin Verena Bentele.

Wachsender Bedarf

In den vergangenen Jahren wurden die Zuschüsse stark nachgefragt. Nicht nur vor dem Hintergrund der älter werdenden Bevölkerung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an barrierearmem Wohnraum in Zukunft weiter steigen wird. „Der Bedarf ist schon jetzt mit mehr als zwei Millionen gigantisch. In dieser Situation ein etabliertes und bewährtes Förderprogramm auslaufen zu lassen, ist ein ganz falsches Signal an Millionen Bürgerinnen und Bürger“, kritisiert Bentele.

Stattdessen sollte das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ nicht nur weitergeführt, sondern nach Berechnungen des VdK mit 500 Millionen Euro ausgestattet werden, damit Betroffene verlässlich planen können. Zudem sieht der VdK die Notwendigkeit, dass der

Fördersatz von derzeit zehn Prozent der förderfähigen Kosten auf 30 Prozent angehoben wird, um die tatsächlichen Kosten besser abzudecken und mehr Menschen zu unterstützen.

Mindestlohn steigt in zwei Stufen

Der Mindestlohn in Deutschland wird in zwei Stufen zum 1. Januar 2027 auf 14,60 Euro steigen. Anfang des kommenden Jahres soll er auf 13,90 Euro pro Stunde brutto angehoben werden. Das hat die Mindestlohnkommission Ende Juni entschieden.

VdK-Präsidentin Verena Bentele zeigt sich mit der Entscheidung der Kommission, die aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften besteht, unzufrieden: „Ein Mindestlohn von 14,60 Euro pro Stunde ist zu wenig. Eine Anhebung auf 15 Euro wäre angesichts der hohen Inflation der vergangenen Jahre angebracht. Beschäftigte im Mindestlohn müssen wegen der hohen Preise jeden Euro dreimal umdrehen. Sie brauchen dringend einen Lohn, von dem sie leben können. Es ist daher unverständlich, warum sich die Kommission nur auf eine solch zaghafte Anhebung verständigt hat.“

Anhaltende Inflation

Bentele gibt zu bedenken, dass ein Stundenlohn von 14,60 Euro aufgrund anhaltender Inflation in knapp zwei Jahren schon an Kaufkraft verloren haben wird. Als ärgerlich bewertet Bentele, dass schon im Vorhinein vonseiten der verschiedenen Arbeitgeberverbände kräftig Stimmung gegen die Anhebung des Mindestlohns gemacht worden war.

Pflegegrad 2 für ein Kind mit Diabetes

**Nico ist auf besondere Unterstützung angewiesen –
Pflegekasse lenkt erst nach Klage vor Gericht ein**

Seit ihr Sohn Nico die Diagnose Diabetes erhalten hat, dreht sich im Leben von Jana John ganz viel um die Versorgung des Kindes. Dennoch verweigerte die Pflegekasse dem Jungen lange einen Pflegegrad – bis der VdK Nordrhein-Westfalen vor Gericht zog.

Nico war gerade eingeschult worden, als sich erste Krankheitssymptome zeigten. Er musste häufig zur Toilette oder bekam plötzlich Bauchweh. „Das kannten wir so nicht“, erzählt seine Mutter Jana John. Der Sechsjährige kam ins Krankenhaus, wo die Ärzte Diabetes mellitus Typ 1 feststellten – eine Autoimmunerkrankung, bei der die Bauchspeicheldrüse kein Insulin produzieren kann. Für die Mutter, die damals außer Nico noch eine siebenjährige Tochter und einen zehn Monate alten Sohn hatte, war die Diagnose ein Schock.

Sie wandte sich an den VdK Nordrhein-Westfalen und schilderte der Leiterin der Rechtsabteilung in Dortmund, Elahe Jafari-Neshat, ihre Situation. Die Juristin stellte im September 2023 bei der Pflegeversicherung einen Antrag auf einen Pflegegrad für Nico. Die Gründe: Blutzuckertests, Insulinabgaben, die Wechsel von Katheter und Sensor sowie die regelmäßigen Berechnungen der Kohlenhydrate-Einheiten für Nicos Mahlzeiten ergaben einen hohen Pflegebedarf.

Hinzu kam, dass der Junge zu dem Zeitpunkt keine Schulbegleitung hatte und sich oft wehrte, die notwendigen Mahlzeiten zu essen. Die Mutter musste täglich in die Schule fahren, um in der Pause die Insulinabgabe zu kontrollieren.

Tag und Nacht

Die Pflegekasse schickte den Medizinischen Dienst (MD), um Nicos Pflegebedarf festzustellen. Auf den Hausbesuch folgte die Ablehnung des Antrags. „Ich hatte den Eindruck, der Pflegeaufwand wurde heruntergespielt. Dabei beschäftigt mich die Versorgung Tag und Nacht“, sagt John.

Der VdK legte im März 2024 Widerspruch ein und verwies auf die gesundheitlichen Risiken für den Jungen, wenn er nicht ständig überwacht werde. Nico ist ein lebhaftes Kind. Es kommt vor, dass er sich den Katheter für die Insulinpumpe herausreißt. Nachts ist er häufiger unterzuckert, so dass seine Mutter oft kontrolliert.

Doch die Pflegekasse wies den Widerspruch zurück. Der VdK klagte vor dem Sozialgericht Gelsenkirchen. Jafari-Neshat kritisierte, wesentliche Aspekte bei der Beurteilung des Pflegebedarfs seien nicht berücksichtigt worden. Zudem dürfe das junge Alter nicht dazu führen, dass der Pflegebedarf geringer eingeschätzt wird als bei älteren Pflegebedürftigen.

Das Gericht beauftragte im Zuge der Ermittlungen von Amts wegen ein neues Gutachten. Während der MD bei seiner Bewertung blieb, kam dieses Gutachten im Oktober 2024 zu anderen Ergebnissen. Die Kinderärztin stellte darin fest, dass Nico aufgrund des hohen Pflegebedarfs bis zur Vollendung seines sechsten Lebensjahrs Pflegegrad 1 erhalten müsse. Und weil keine Verbesserung feststellbar sei, ab dem siebten Lebensjahr Pflegegrad 2. Hinzu kam, dass zu der Zeit das Bundessozialgericht (BSG) in einem vergleichbaren Fall einem Kind Pflegegrad 2 zuerkannt hatte.

Dennoch ließ sich die Pflegekasse bis Juni 2025 Zeit, um dann lediglich Pflegegrad 1 für Nico vorzuschlagen. Der VdK lehnte ab und verwies mit Nachdruck auf das Gutachten der Kinderärztin. Schließlich lenkte die Kasse ein, erkannte Pflegegrad 2 an und kam damit einem Gerichtsurteil zuvor.

Geld für Hilfsmittel

Jana John ist dankbar für die Unterstützung des VdK. Mit dem Pflegegeld kann sie nun endlich die oft teuren medizinischen Hilfsmittel bezahlen, die für die Versorgung ihres Sohnes notwendig sind.

Juristin Elahe Jafari-Neshat kritisiert rückblickend die Pflegekasse: „Dass sie trotz der BSG-Rechtsprechung zwei Jahre für die Gewährung der Leistung brauchte, ist unnötig und für die Betroffenen belastend.“

Langer Kampf hat sich gelohnt

Kehlkopfkrebs als Berufskrankheit anerkannt: Mitglied erhält 84 400 Euro

Ein Schweißer, der 2016 an Kehlkopfkrebs erkrankt war, hat eine Anerkennung als Berufserkrankung erstritten. Nach einem langen Gerichtsverfahren mit Unterstützung verschiedener Rechtsabteilungen des VdK steht nun fest: Die Unfallkasse muss ihm 72 474,72 Euro sowie Zinsen in Höhe von 11 929,90 Euro zahlen.

Rund 27 Jahre hatte der Kläger als Schweißer im Rohrleitungs- und Behälterbau gearbeitet. Dabei war er Belastungen durch Chrom, Nickel und Thorium ausgesetzt. Zudem rauchte er bis 2017 insgesamt 20 Jahre lang 15 bis 20 Zigaretten täglich. Im Juni 2016 wurde bei ihm ein Kehlkopfkrebs diagnostiziert. Als die Berufsgenossenschaft es ablehnte, den Krebs als Berufskrankheit anzuerkennen, klagte der Mann. Damit begann ein jahrelanger Rechtsstreit durch die Instanzen.

Erst im Frühjahr 2024 lenkte die Berufsgenossenschaft in der mündlichen Verhandlung am Bundessozialgericht ein. Danach hat es noch einmal rund ein Jahr gedauert, bis klar war, wie hoch die Ansprüche des Klägers gegenüber der Berufsgenossenschaft sind, die sich aus der Anerkennung als Berufskrankheit ergeben.

Das Ergebnis: Neben einer laufenden Rente, die dem 1970 geborenen Mann seit Juni 2025 gezahlt wird, erhält er eine Nachzahlung von 72 474,72 Euro. 8000 Euro dieser Summe hatte er bereits als Vorauszahlung erhalten. Zudem werden ihm Zinsen in Höhe von 11 929,90 Euro gezahlt.

Aufreibende Zeit

Das VdK-Mitglied aus Süddeutschland ist erleichtert. „Das Verfahren war für mich über die Jahre emotional ein großes Auf und Ab. Am Ende wollte ich nur noch, dass es vorbei ist.“ Die Zeit sei sehr aufreibend gewesen. Am Anfang stand der Schock über die Diagnose. „Da ging es erst einmal nur ums nackte Überleben.“ Im Krankenhaus sei ihm vom Sozialdienst der VdK empfohlen worden, um ein Verfahren zur Anerkennung als Berufskrankheit einzuleiten. Er trat daraufhin dem VdK bei. Vor dem Sozialgericht hatte er zunächst Recht bekommen. Die Berufsgenossenschaft war verurteilt worden, das Kehlkopfkrebskarzinom als Berufskrankheit anzuerkennen. Sie akzeptierte das Urteil jedoch nicht und legte Berufung ein. Mit Erfolg, denn das Landessozialgericht wies daraufhin die Klage des VdK-Mitglieds ab. Die Belastung durch Chrom sei nicht die wesentliche Ursache des Kehlkopfkrebskarzinoms, urteilte das Gericht mit Hinweis auf die Belastungen durch das Rauchen.

Schließlich reichte der Kläger mit Unterstützung der Bundesrechtsabteilung des VdK beim Bundessozialgericht (BSG) Revision dagegen ein. Zu einem Urteil kam es allerdings nicht, weil

die Berufsgenossenschaft ihre Berufung gegen das ursprüngliche Urteil des Sozialgerichts zurückzog und die Berufskrankheit anerkannte.

Das Mitglied war über die Jahre zunächst vom VdK-Landesverband Baden-Württemberg rechtlich betreut worden, später vertrat die Bundesrechtsabteilung des VdK ihn vor dem Bundessozialgericht. Für die langjährige Unterstützung ist er dem VdK dankbar: „Ohne die große Hilfe des VdK hätte ich dieses Ziel niemals erreicht.“

Zwischen Anarchie und Geborgenheit

Beim therapeutischen Gammeln stehen die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz im Mittelpunkt

Die „Gammeloase“ ist eine Wohngemeinschaft, in der Menschen mit fortgeschrittener Demenz ihren Alltag selbst bestimmen dürfen. Bewohnerinnen und Bewohner können schlafen und essen, wann und wo sie wollen. Das Konzept stammt von Dr. Stephan Kostrzewa. Mit der VdK-Zeitung hat er über die Nöte von Angehörigen gesprochen und erklärt, weshalb es mehr Demenzstationen dieser Art braucht.

Im Juli-Kolb-Seniorenzentrum der AWO in Marl in Nordrhein-Westfalen sind im Mai 2023 Menschen mit weit fortgeschrittener Demenz gemeinsam in einen Wohnbereich eingezogen – die Geburtsstunde der „Gammeloase“.

„Haus-Unordnung“

In der WG wohnen heute 14 Frauen und Männer. Dass es hier etwas anders zugeht, merkt ein Gast schon an der „Haus-Unordnung“. Sie informiert darüber, dass „mein und dein“ sowie Tischmanieren nicht so wichtig sind. Außerdem darf sich ein WG-Mitglied in das Bett eines anderen legen. Tagsüber kann ausgiebig geschlafen werden. Nicht nur Sofas und Sessel, sondern auch Fußboden oder Garten laden zum Ausruhen ein.

Überhaupt hält sich niemand an feste Zeiten. Wann gegessen wird und ob Körperpflege notwendig ist, bestimmen die Bewohnerinnen und Bewohner. Wer Süßigkeiten stibitzen möchte, darf sich jederzeit bedienen. Sogar ein Schluck Eierlikör oder Bier ist erlaubt.

Das therapeutische Gammeln klingt für Außenstehende nach Chaos, nach Anarchie. Entstanden ist das Konzept aus dem Unmut heraus, wie die Gesellschaft mit Demenzkranken umgeht, sagt Stephan Kostrzewa. „Ich habe in den 1980er-Jahren meine Altenpflegeausbildung gemacht. Schon damals hieß es, Menschen mit Demenz brauchen Struktur.“ Doch kaum jemand habe das System hinterfragt. Dass es auch anders geht, hat der Sozialwissenschaftler schließlich in der Hospizarbeit erlebt. „Auf der Palliativstation war die Autonomie des Sterbenden das höchste Gut. Diese Haltung wollte ich auf den Umgang mit Menschen mit Demenz übertragen“, erklärt er.

Wie sich Menschen mit Demenz wirklich fühlen, damit würden sich in der Branche zu wenige beschäftigen. „Demenzkranken sind ängstlich und zutiefst verunsichert und wollen weder in die frohe Runde mit orientierten Menschen noch ins Gedächtnistraining“, kritisiert der Gründer der „Gammeloase“. Sie bräuchten vor allem Schutz und Sicherheit. „Das bietet ihnen die Gammeloase“, ist er überzeugt.

In herkömmlichen Einrichtungen entsteht viel unnötiges Leid, beklagt der Experte. So werden Verhalten wie Schreien, Umherirren und Weglaufen bei Demenzkranken hauptsächlich mit Neuroleptika und Psychopharmaka behandelt. Doch dahinter können andere Ursachen stecken, etwa Schmerzen. „Die Erfahrung zeigt: Je dementer ein Mensch ist, desto weniger Schmerzmittel werden ihm verabreicht.“

Er berichtet von einer dementen Frau, die aufgrund ihres aggressiven Verhaltens aus zwei Pflegeheimen ausziehen musste. In enger Zusammenarbeit mit Neurologen und Gerontopsychiatern wurden Schmerzmittel hochgefahren, Neuroleptika dagegen heruntergefahren. „Das hat gut funktioniert. Jetzt ist die Dame zu allen freundlich.“ Es fällt dann auch Angehörigen positiv auf, wie lebhaft ihr Familienmitglied in der Gammeloase auf einmal ist.

Das freut Kostrzewa umso mehr, weil er um die Sorgen der Angehörigen weiß. „Sie fühlen sich alleingelassen und gehen psychisch und physisch am Stock. In ihnen wohnen nicht gelebte Trauer, Wut und Verzweiflung.“ Er fordert daher mehr Angebote, die auf die Angehörigen zugehen.

Was jetzt guttut

Kostrzewa hält nicht viel von Biografiearbeit. Wie der Mensch vor 30 Jahren war, sei nicht mehr so bedeutsam. Frühere Vorlieben gehen ohnehin verloren. „Wir sollten stattdessen sensibel dafür sein, was ihm jetzt guttut. Beispielsweise weiß mein Sohn, dass ich Milchsuppe nicht leiden kann. Doch wenn ich später einmal an Demenz erkranken und auf einen solchen Teller schielen sollte, dann wünsche ich mir, dass er ihn mir anbietet.“

Augen auf bei Vertragsabschluss

Beim Betreuten Wohnen gibt es große Qualitätsunterschiede

Betreutes Wohnen oder Service-Wohnen bezeichnet Wohnformen, bei denen ältere Menschen noch selbstständig leben, bei Bedarf aber auf Unterstützung zurückgreifen können. In diesem Bereich gibt es viele Angebote, jedoch sind nicht alle zufriedenstellend.

Die Bezeichnung „Betreutes Wohnen“ erweckt den Eindruck, dass man in den Wohnanlagen umfassend versorgt wird, doch das ist oft nicht der Fall. In der Regel leben die Bewohnerinnen und Bewohner als Mieterinnen und Mieter in barrierefreien kleinen Wohnungen und Apartments, die sie selbst eingerichtet haben. Ein Betreuungsvertrag muss abgeschlossen

werden. Pflege und hauswirtschaftliche Leistungen können bei Bedarf zusätzlich in Anspruch genommen werden.

Das Problem: Der Begriff „Betreutes Wohnen“ ist nicht geschützt. Weder gibt es ein deutschlandweit einheitliches Gütesiegel, noch wird überprüft, ob die Anbieter bestimmte Qualitätsstandards einhalten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, die Preise zu prüfen, sich vor Ort umfassend zu informieren und andere Bewohnerinnen und Bewohner nach ihren Erfahrungen zu fragen.

Barrierefreie Wohnungen sind überdurchschnittlich teuer. Sind sie möbliert, kann das extra kosten. Darüber hinaus wird eine monatliche Betreuungspauschale in Rechnung gestellt. Diese liegt zwischen 50 und 500 Euro. Interessierte sollten sich erkundigen, welche Leistungen die Pauschale beinhaltet.

Wichtige Fragen

Denn manche Anbieter verlangen 300 Euro und mehr, stellen aber nur einen einfachen Hausnotruf zur Verfügung, während andere einen Gemeinschaftsraum mit Mittagstisch und eine vielfältige Freizeitgestaltung anbieten. Zu diesen Posten kommen die Dienstleistungen hinzu, die man selbst dazukaft, zum Beispiel das Putzen der Wohnung, Einkaufen oder die Begleitung bei einem Behördengang.

Wichtige Fragen, die man sich vor Vertragsabschluss stellen sollte, sind etwa: Ist die gesamte Wohnanlage barrierefrei? Liegt sie im Zentrum oder am Ortsrand? Gibt es Einkaufs-, Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten? Gibt es ein Notrufsystem im Haus und einen persönlichen Ansprechpartner mit regelmäßigen Sprechzeiten? Und nicht zuletzt: Was passiert, wenn ich eines Tages mehr Hilfe brauche? Kann ich in der Anlage gepflegt werden, oder muss ich dann in ein Pflegeheim umziehen?

Zwar sind ein Großteil der rund 303 700 Wohnanlagen mit Pflegeeinrichtungen gekoppelt, aber die dauerhafte Pflege von Bewohnerinnen und Bewohnern ist meist nicht vorgesehen. Auch eine 24-Stunden-Betreuung ist nur in wenigen Fällen möglich. Viele Einrichtungen nehmen Menschen mit einem Pflegegrad gar nicht erst auf.

Heimkosten steigen weiter

VdK: Länder müssen für Entlastung sorgen

Die Eigenbeteiligung für Pflegeheimkosten sind von Juli 2024 bis Juli 2025 bundesweit deutlich gestiegen. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort.

Laut Verband der Ersatzkassen (vdek) ist die Eigenbeteiligung im ersten Jahr des Pflegeheimaufenthalts im Schnitt von monatlich 2871 auf 3108 Euro gestiegen. Das entspricht

8,3 Prozent. Als Gründe werden höhere Personalkosten und allgemeine Preissteigerungen genannt, die umgelegt werden.

Alleine 507 Euro zahlen Pflegebedürftige im Bundesdurchschnitt für Investitionskosten. „Wir fordern die Bundesländer auf, endlich ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten nachzukommen“, erklärt VdK-Präsidentin Verena Bentele. Wenn ein Unternehmen ausbildet, fallen außerdem Ausbildungskosten an. Bis zu 134 Euro zahlen Bewohnerinnen und Bewohner dafür pro Monat. „Auch hier appellieren wir an die Länder und den Bund, diese Kosten zu übernehmen. So wird Ausbildung honoriert, und Pflegebedürftige werden entlastet“, sagt Bentele.

Die Kosten steigen überall, variieren aber in den Ländern. Die höchste Eigenbeteiligung im ersten Heimjahr hat Baden-Württemberg mit 3400 Euro, die niedrigste Sachsen-Anhalt mit 2595 Euro.

Ambulant nicht erfasst

Der VdK kritisiert, dass die Entwicklung der Preise für ambulante Pflege nicht zentral erfasst wird. Laut Rückmeldungen der Mitglieder laufen auch hier die Kosten aus dem Ruder. Sozialhilfe wird in der ambulanten Pflege wegen komplizierter Beantragung und höherer Hürden nur selten in Anspruch genommen. „De facto bedeutet das eine reduzierte Inanspruchnahme ambulanter Leistungen. Damit drohen Unterversorgungen und noch größere Belastungen für pflegende Angehörige“, warnt Bentele. Der VdK fordert eine dynamisierte Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung für ambulante Versorgung, um Kostensteigerungen aufzufangen.

Für die Arbeit wieder fit werden

Die Deutsche Rentenversicherung modernisiert ihre medizinischen und beruflichen Reha-Maßnahmen

Bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) gilt das Prinzip „Reha vor Rente“. Bevor jemand krankheitsbedingt vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden muss, wird mit einer beruflichen oder medizinischen Rehabilitation versucht, den Betroffenen wieder fit für die Arbeit zu machen.

Im Jahr 2023 führte die DRV knapp eine Million Leistungen zur medizinischen Reha durch, der Großteil davon in stationären Einrichtungen. Vor allem ältere Beschäftigte werden mit beruflichen Reha-Maßnahmen unterstützt. Davon wurden im Jahr 2023 rund 100 000 Maßnahmen abgeschlossen. Dafür hat die DRV knapp über sieben Milliarden Euro ausgegeben. Dazu kamen noch eine Milliarde Euro für das Übergangsgeld, das während einer Reha-Maßnahme gezahlt wird.

Potenzieller Reha-Bedarf

Die DRV arbeitet seit Jahren daran, das Reha-Angebot weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Schwerpunkte sind hierbei, die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verbessern, vernetzte Angebote zu entwickeln, damit Versicherte besser aufeinander abgestimmte Leistungen erhalten, sowie kostenlose Präventionsangebote großflächig auszubauen.

Ein Beispiel ist das kostenfreie Angebot „RV fit“: ein Trainingsprogramm mit Elementen zu Bewegung, Ernährung und Stressbewältigung. Die DRV versucht in einzelnen Projekten beispielsweise, Menschen mit potenziellem Reha-Bedarf frühzeitig zu identifizieren. Das können Versicherte sein, die aufgrund ihrer beruflichen Belastung und ihrer Krankheitsgeschichte ein erhöhtes Risiko haben, später eine Erwerbsminderungsrente beantragen zu müssen.

Alle Maßnahmen zeigen, wie wichtig Reha-Leistungen für die DRV, aber auch für die Versicherten sind. Eine Reha-Maßnahme kann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz eingeschränkter Gesundheit in Arbeit halten und wieder dahin zurückführen.

Genesungsprozess

Viele VdK-Mitglieder wissen: Eine Reha ist nicht immer freiwillig und kann sogar eher belastend als entlastend wahrgenommen werden. Der Genesungsprozess verläuft häufig alles andere als reibungslos. VdK-Präsidentin Verena Bentele sagt: „Statt ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren zu fordern und fitte Seniorinnen und Senioren mit einem Steuerfreibetrag zu belohnen, muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass möglichst viele Versicherte es gesund bis zur aktuellen Regelaltersgrenze schaffen.“ Sie fordert, dass Arbeitgeber bessere und zielgenaue Präventionsangebote am Arbeitsplatz anbieten müssen. Dazu sollten Reha-Leistungen viel einfacher zu beantragen und barrierefrei sein.

Heilungschancen bei Brustkrebs verbessert

Das Mammografie-Screening in Deutschland hat die Sterblichkeitsrate bei Brustkrebs um 30 Prozent gesenkt. Das zeigt eine Studie, die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) koordiniert wurde.

Die Heilungschancen für erkrankte Frauen sind durch dieses Früherkennungsprogramm erheblich erhöht worden. Es wurde flächendeckend vor 20 Jahren eingeführt und wird von allen Krankenkassen angeboten.

Mit einer Mammografie lassen sich Tumore in der Brust oft finden, bevor sie sich ertasten lassen. Es gilt: Je früher ein Karzinom erkannt wird, desto besser sind die Heilungschancen.

Häufigste Krebsart

Brustkrebs ist laut RKI mit etwa 75 000 Neuerkrankungen jährlich die häufigste Krebsart bei Frauen. Etwa eine von acht erkrankt im Laufe ihres Lebens. Etwa 18 500 Frauen sterben jährlich daran – ohne das Programm läge die Zahl um erheblich höher.

Im Zuge des Programms können Frauen im Alter von 50 bis 75 Jahren alle zwei Jahre eine Röntgenuntersuchung der Brust zur Früherkennung in Anspruch nehmen. Es gibt Überlegungen, das Screening auch für Frauen ab 45 Jahren einzuführen. Das Screening kann die Brustkrebs-Sterblichkeit bei 45- bis 49-Jährigen um rund 20 Prozent reduzieren.

Fettabsaugung als Kassenleistung

Krankenkasse übernimmt Kosten bei Lipödem

Gute Nachrichten für Frauen, die an einem Lipödem, einer meist schmerzhaften Fettverteilungsstörung, leiden: Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat im Juli beschlossen, dass bei einem Lipödem die Kosten für eine sogenannte Liposuktion, eine Fettabsaugung, voraussichtlich ab Anfang des Jahres 2026 von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden.

Bislang wurden die Kosten für diese Operation erst in einem sehr fortgeschrittenen Stadium von der Krankenkasse übernommen. Das wird sich nun ändern: Mit dem Beschluss des G-BA werden die Anforderungen gesenkt, unter denen Betroffene eine operative Fettentfernung in Anspruch nehmen können. Beispielsweise muss vor einer Operation eine konservative Therapie erfolglos durchgeführt worden sein. Außerdem muss der Body-Mass-Index (BMI) der Patientinnen unter 35 liegen. Ansonsten muss zunächst dieser hohe BMI und die damit verbundene Fettleibigkeit (Adipositas) behandelt werden.

Diese aktuelle Entscheidung des G-BA basiert auf einer neuen Studie, in der nachgewiesen wurde, dass die operative Fettgewebsreduktion der konservativen und nicht-operativen Behandlung mit Kompression und Lymphdrainage überlegen ist. Die konservative Therapie kann nur Symptome mindern, eine bestehende Fettvermehrung aber nicht mehr beeinflussen.

Noch ist der Beschluss nicht endgültig in Kraft getreten. Das Bundesgesundheitsministerium muss ihn innerhalb von zwei Monaten prüfen. Es müssen auch Regelungen für angemessene stationäre und ambulante Vergütungen gefunden werden.

Ein Lipödem ist eine chronisch verlaufende Erkrankung, die sich durch eine Verteilungsstörung des Fettgewebes an Armen und Beinen äußert. Die Erkrankung verursacht nicht nur starke Schmerzen und Schweregefühl, sondern beeinträchtigt häufig erheblich die Lebensqualität der betroffenen Frauen.

Digitale Beipackzettel nur als Ergänzung

Eine geplante Reform des europäischen Arzneimittelrechts sieht vor, Packungsbeilagen zu digitalisieren. Der Sozialverband VdK warnt: QR-Codes können den gedruckten Beipackzettel ergänzen, dürfen ihn aber nicht ersetzen.

Schon länger wird über die Einführung digitaler Beipackzettel diskutiert. Der Verzicht auf das Papier soll die Umwelt schonen und Kosten senken. Digitale Dokumente könnten zudem in mehreren Sprachen angeboten und mit der Einbindung von Bildern und Videos neue Möglichkeiten nutzen. In Brüssel wird an einer Reform des europäischen Arzneimittelrechts gearbeitet, bei der diese Überlegungen eine Rolle spielen.

Der VdK sieht die Vorteile von digitalen Patienteninformationen. VdK-Präsidentin Verena Bentele warnt aber vor einer Abschaffung des Beipackzettels: „Mein Plädoyer lautet: gedruckt und digital, damit niemand abgehängt wird. Alle Patientinnen und Patienten müssen weiterhin einen rechtlichen Anspruch auf einen gedruckten Beipackzettel haben, damit Menschen ohne digitalen Zugang nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig bieten digitale Packungsbeilagen große Vorteile, etwa für Sehbehinderte und blinde Menschen, die barrierefreie digitale Formate benötigen. Auch die schnellere Aktualisierung bei neuen Erkenntnissen, Rückrufen oder Warnhinweisen ist digital effizienter.“

Hürden sind weiterhin zu hoch

Betroffene durch Gesetz benachteiligt – Großer Reformbedarf bei Patientensicherheit und im Umgang mit Behandlungsfehlern

Im Jahr 2013 trat das Patientenrechtegesetz in Kraft, um die Position von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen zu stärken. Es regelt unter anderem den Umgang mit Behandlungsfehlern. Anlässlich des 17. Septembers, dem Welttag der Patientensicherheit, sieht der Sozialverband VdK hier Reformbedarf.

Silja Greuner kam im Mai 2019 mit Schmerzen, Fieber und Schüttelfrost ins Krankenhaus. Sie war 37 Jahre alt und schwanger. 36 Stunden später waren sie und das ungeborene Kind tot – laut Gutachten gestorben an einer unbehandelten Sepsis. Zurück blieben ihr Mann Joachim Greuner und ihr älterer Sohn Niklas.

Im Jahr 2023 stellte der Medizinische Dienst (MD) in 2 679 von insgesamt 12 438 beauftragten Gutachten fest, dass ein Behandlungsfehler einen Schaden verursacht hat. Fachleute gehen aber von einer hohen Dunkelziffer aus. Laut Schätzungen soll es in einem Prozent aller stationären Behandlungen zu Fehlern und vermeidbaren Schäden kommen. Das wären rund 168 000 Fälle pro Jahr.

Hohe Beweislast

Trotz des Patientenrechtegesetzes stehen Opfer und ihre Angehörigen vor beträchtlichen Hindernissen: Sie müssen nachweisen, dass ein Behandlungsfehler passiert ist, dass sie einen Schaden erlitten haben und dass der Fehler den Schaden verursacht hat. „Es muss feststehen, dass es so war. Eine Möglichkeit oder überwiegende Wahrscheinlichkeit würde nicht ausreichen“, erklärt Professor Peter Gaidzik von der Universität Witten-Herdecke in einer ARD-Dokumentation. Erst wenn ein grober Fehler belegt ist, kehrt sich die Beweislast um. Dann sind die Behandelnden in der Pflicht nachzuweisen, dass der Fehler den Schaden nicht verursacht hat.

Oft drohen Betroffenen jahrelange und teure Rechtsstreitigkeiten. Wie schwer es ihnen gemacht wird, erlebt Greuner seit sechseinhalb Jahren: „Erst nach anderthalb Jahren habe ich erfahren, was mit meiner Frau passiert ist.“ Er leitete ein Schlichtungsverfahren bei der Landesärztekammer ein, inzwischen führt er einen Prozess. „Es ist extrem zermürbend“, sagt er und berichtet von Gefälligkeitsgutachten und davon, wie das Krankenhaus versucht, einer Haftung zu entgehen. Häufig wollen Kliniken ihren Ruf schützen, und Ärztinnen und Ärzte befürchten hohe Schadensersatzforderungen. Das geht zu Lasten der Betroffenen.

In Dänemark werden Behandlungsfehler deutlich einfacher anerkannt. Patientinnen und Patienten erhalten eine Entschädigung, wenn ein Behandlungsfehler mit überwiegender Wahrscheinlichkeit vorliegt, ohne dass ärztliches Verschulden nachgewiesen werden muss. Die Ausgleichszahlungen werden aus einem staatlichen Fonds geleistet.

Dringend reformieren

In Deutschland fordern Patientenschutzorganisationen seit langem eine Reform des Patientenrechtegesetzes. VdK-Präsidentin Verena Bentele bringt es auf den Punkt: „Patientinnen und Patienten sind hier stark benachteiligt. Das Verfahren bis hin zu einem möglichen Prozess ist eine große Belastung für die Betroffenen.“

Das Beweismaß für den Zusammenhang zwischen Fehler und Schaden sollte gesenkt und das Recht auf Einsicht in die Patientenakte gestärkt werden, fordert Bentele. Inwieweit die elektronische Patientenakte (ePa) hierbei eine positive Rolle spielen kann, wird sich zeigen. Zudem bedarf es einer anderen Fehlerkultur. Medizinisches Personal sollte verpflichtet werden, Betroffene proaktiv über Behandlungsfehler zu informieren. Schadensersatzansprüche könnten unbürokratisch über einen Entschädigungsfonds abgewickelt werden.

Meldepflicht einführen

Bislang besteht keine bundesweite Meldepflicht für Behandlungsfehler. „Ein zentrales Meldesystem wäre essenziell, um Fehler systematisch zu erfassen, zu analysieren und Präventionsmaßnahmen abzuleiten“, so Bentele. „Auch ein Never-Event-Register ist notwendig“,

sagt Dr. Ruth Hecker, Vorsitzende des Aktionsbündnisses Patientensicherheit (APS). „Doch dafür fehlt offenbar der politische Wille.“ Sie wirbt für mehr Aufklärung über „Never Events“.

Das sind besonders schwerwiegende Vorfälle, die niemals passieren dürften und durch Präventionsmaßnahmen grundsätzlich zu verhindern wären – wenn etwa bei einer Operation die Körperseite verwechselt oder medizinisches Material im Körper zurückgelassen wird. Im Jahr 2023 befanden sich 151 solcher „Never Events“ unter den vom MD anerkannten Behandlungsfehlern.

Großbritannien gilt übrigens als Vorreiter: Dort werden alle Behandlungsfehler und alle „Never Events“ verpflichtend und umfassend registriert.

Versicherte entscheiden über ePa-Inhalte

Daten in der elektronischen Patientenakte hinzufügen, löschen und Zugriffe verwalten

Ab 1. Oktober müssen Krankenhäuser, Praxen und Apotheken die elektronische Patientenakte (ePa) nutzen. Welche Daten gespeichert werden und wer darauf zugreifen darf, entscheiden allein die Versicherten.

Die Krankenkasse legt für jede versicherte Person eine ePa an, wenn diese nicht widersprochen hat. Die Daten können auf dem Smartphone über die ePa-App der eigenen Krankenkasse eingesehen und verwaltet werden. Bei manchen Krankenkassen ist inzwischen auch der Zugriff über den Computer möglich. Hier lohnt es sich nachzufragen. Doch es gibt auch Menschen, die weder Smartphone noch Computer haben. Diese können Familienmitglieder, Freundinnen, Freunde oder die Ombudsstellen der Krankenkassen bevollmächtigen, die ePa stellvertretend zu führen.

Weil in der ePa sensible Gesundheitsdaten zentral und digital gespeichert werden, ist das Anmeldeverfahren komplex: Versicherte müssen sich mit dem elektronischen Personalausweis oder der Krankenkassenkarte in der App verifizieren. In beiden Fällen benötigen sie eine PIN, die Versicherte bei ihrer Krankenkasse beantragen müssen. Dort muss auch ihre Identität nachgewiesen werden. Dies ist etwa per Post-Ident-Verfahren oder über den Personalausweis in der Filiale vor Ort möglich.

Die ePa ist patientengeführt. Das heißt, dass die Versicherten entscheiden, ob es für sie eine ePa gibt, was dort einsehbar ist und wer darauf zugreifen kann. Sie können Inhalte hinzufügen und löschen.

Informationen sperren

Einzelne Informationen lassen sich sperren oder nur für einen genau festgelegten Zeitraum freigeben. Nutzerinnen und Nutzer können regeln, dass nur bestimmte Ärztinnen und Ärzte auf Daten zugreifen können. Zudem können die Versicherten jederzeit von ihrer Krankenkasse verlangen, dass ihre ePa komplett gelöscht wird. Wollen Patientinnen und Patienten nicht, dass Daten zu einzelnen Behandlungen in der ePa hinterlegt werden, können sie direkt in der Arztpraxis widersprechen. Dies muss jedoch bei jeder Behandlung erneut erfolgen.

Außer den Versicherten können nur Personen mit einem elektronischen Heilberufsausweis, wie Ärztinnen und Ärzte, Psycho- und Physiotherapeutinnen und -therapeuten, Apothekerinnen und Apotheker, die Daten in der ePa einsehen. Weder die Krankenkassen noch Arbeitgeber haben Zugriff. Betriebsärztinnen und -ärzte können Daten erst einsehen, wenn die Versicherten ausdrücklich eingewilligt haben. Wurde die Krankenkassenkarte in einer Praxis oder Apotheke ausgelesen, sind die Daten in der ePa maximal 90 Tage einsehbar. Dann muss die Karte erneut ins Lesegerät.

Keine Benachteiligung

In der ePa können medizinische Informationen wie Abrechnungsdaten der Krankenkassen, Befunde, Laborwerte oder Arztbriefe gespeichert werden. Auch Impfungen, Mutterpass und E-Rezepte können hinterlegt werden. Der Sozialverband VdK weist darauf hin, dass Versicherte ohne ePa laut Gesetz nicht benachteiligt werden dürfen. Dennoch bleibt der Zugang zur elektronischen Akte oftmals begrenzt, wenn die digitalen Kompetenzen oder die nötige technische Ausrüstung fehlen.

Früherkennung von Lungenkrebs

Starke Raucherinnen und Raucher sollen künftig Anspruch auf eine Untersuchung zur Früherkennung von Lungenkrebs als Kassenleistung haben. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beschlossen. Das Angebot startet voraussichtlich ab April 2026.

Starke Raucherinnen und Raucher im Alter zwischen 50 und 75 Jahren können dann alle zwölf Monate eine Untersuchung der Lunge in Anspruch nehmen. Hier soll eine Niedrigdosis-Computertomographie (NDTC) eingesetzt werden.

Ziel ist es, Krebserkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. „In Deutschland erkranken jährlich etwa 57 000 Menschen an Lungenkrebs, meistens verursacht durch langjähriges und starkes Rauchen von Zigaretten“, sagt Dr. Bernhard van Treeck, unparteiisches Mitglied des G-BA und Vorsitzender des Unterausschusses Methodenbewertung.

Das Angebot richtet sich an aktive und ehemalige Raucherinnen und Raucher, so der G-BA. Sie müssen mindestens 25 Jahre geraucht haben und noch rauchen beziehungsweise den Zigarettenkonsum vor weniger als zehn Jahren beendet haben. Voraussetzung sind laut G-BA mindestens „15 Packungsjahre“. Ein Packungsjahr kommt rechnerisch zusammen, wenn Raucherinnen und Raucher in einem Jahr pro Tag 20 Zigaretten konsumieren.

Schwere Lasten leichter heben

Firmen setzen Exoskelette ein, um die Gesundheit ihrer Beschäftigten zu schonen – Besuch beim Logistik-Unternehmen Dachser

Manche denken bei Exoskeletten an Actionfilme wie „Transformers“. Für Beschäftigte, die viel heben und tragen müssen, sind sie ein Teil ihrer Arbeitskleidung. Die VdK-Zeitung hat sich Exoskelette mal näher angeschaut.

Gleich mehrere Sporthallen würden in das riesige Lager des Speditionsunternehmens Dachser im nordbayerischen Hof passen. Unzählige Produkte einer Baumarktkette werden hier zwischengelagert. Fabian Hahn entlädt jeden Tag Hunderte Pakete, die oft Dutzende Kilogramm wiegen. Die Belastung für seinen Körper ist enorm. Um seine Gesundheit zu schonen, hat Hahn während der Arbeit regelmäßig ein Exoskelett (Außenskelett) an. Dieses umschließt Oberkörper und Beine und ist an einem individuell angepassten Gurt an der Hüfte angebracht. Hahn hebt die schweren Kartons so nicht nur leichter, sein Rücken wird auch „spürbar entlastet“, sagt er. „Ich bin froh, dass ich das Exoskelett trage.“

Bereits mehrere Firmen nutzen diese Assistenzsysteme, von denen es grundsätzlich zwei Arten gibt: aktive Exoskelette, die mit elektrischer Unterstützung arbeiten, sowie passive, die rein mechanisch unterstützen. Exoskelette werden nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der medizinischen Rehabilitation eingesetzt.

Christian Richter kümmert sich bei Dachser in Hof um den Arbeitsschutz und damit auch um die Gesundheit der Beschäftigten. Zwei unterschiedliche Exoskelette hat er für seine Kolleginnen und Kollegen angeschafft. Beim Modell „Back Air“, mit dem Hahn arbeitet, sind Gasdruckfedern im Einsatz, „die ähnlich wie Kofferraumklappen funktionieren“, erklärt Richter. Wenn der Mitarbeiter sich bückt, wird die Gasdruckfeder gespannt, und wenn er sich wieder aufrichtet, wird Energie freigesetzt, und das Heben wird leichter.

Beim Entladen von größeren Paketen, wie zum Beispiel von Elektrofahrrädern, nutzen die Mitarbeitenden das Modell „Shoulder Air“. Starke Expander, also Seilzüge, sind darin verbaut, die wie Energiespeicher funktionieren. Wenn die Beschäftigten die Arme nach unten bewegen, werden die Seilzüge durch das Armgewicht und die Schwerkraft gespannt. Beim Anheben werden die Expander dann entspannt und sorgen so für eine Entlastung von Armen und Oberkörper.

Die Gewerkschaft IG Metall bewertet es positiv, wenn dank Exoskeletten die Gesundheit der Beschäftigten besser geschützt wird. Sie sieht aber auch Nachteile: Einerseits wiegen die Assistenzsysteme ein paar Kilogramm. Außerdem besteht die Gefahr, dass Exoskelette zur reinen Leistungssteigerung eingesetzt werden könnten. Die IG Metall plädiert für eine umfassende Beurteilung des Arbeitsplatzes sowie für die Mitbestimmung des Betriebsrats.

Der Nutzfahrzeughersteller MAN setzt ebenfalls Exoskelette ein. Nobert Dittrich, Betriebsrat in München, hält es für wichtig, die Belastungen für die Beschäftigten zu minimieren. „Ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen, die wegen Rückenproblemen ausgeschieden sind“, berichtet er. In seinem Betrieb würde eine Physiotherapeutin daher auch regelmäßig die Arbeitsplätze begutachten. Inwieweit Exoskelette die Gesundheit der Belegschaft schützen können, müsse genau geprüft und beobachtet werden, sagt Dittrich.

Freiwilliges Angebot

Die Beschäftigten bei Dachser dürfen selbst entscheiden, ob sie die Exoskelette nutzen, erklärt Richter. Seiner Beobachtung nach werden sie jedoch gerne angezogen. Bei Besprechungen zum Thema Arbeitsschutz berichtet er von seinen positiven Erfahrungen. Mittlerweile haben auch andere Standorte diese Assistenzsysteme angeschafft, die jeweils eine vierstelligen Summe kosten. Für Fabian Hahn ist das Tragen des Exoskeletts inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Er hofft, so gesund zu bleiben.

Sepsis: Anlaufstellen für Betroffene

VdK-Mitglieder gründen Selbsthilfegruppen

Sepsis, auch Blutvergiftung genannt, ist die dritthäufigste Todesursache in Deutschland. Frühzeitige Erkennung und Behandlung sind entscheidend, um Folgeschäden oder gar den Tod zu verhindern. Aufklärung ist wichtig. In Bayern gibt es seit Kurzem zwei Selbsthilfegruppen für Sepsis-Überlebende, die von VdK-Mitgliedern gegründet wurden. Dachorganisation ist die Deutsche Sepsis-Hilfe.

Eine Selbsthilfegruppe wurde in Oberfranken im Juni 2024 von VdK-Mitglied Stefan Müller in Bayreuth gegründet. Er wäre beinahe an Sepsis gestorben und leidet noch heute an Spätfolgen. VdK-Mitglied Cornelia Sichermann aus Heilsbronn bei Ansbach in Mittelfranken rief im Mai dieses Jahres eine Online-Selbsthilfegruppe ins Leben, die bundesweit agiert. Sie musste aufgrund ihrer Sepsis mehrfach amputiert werden.

Immer ein Notfall

„Nicht nur Todesfälle, sondern auch viele Folgeschäden ließen sich vermeiden, wenn Symptome einer Sepsis sofort richtig gedeutet werden“, betont der heute 73-jährige Stefan Müller. Er wurde vor 14 Jahren zunächst auf Schlaganfall, Herzinfarkt, Borreliose, Legionellen und Meningitis untersucht. „Ich bekam dann auf Verdacht Antibiotika, weil keiner mehr weiterwusste. Das hat mir das Leben gerettet“, sagt Müller.

Eine Blutvergiftung entsteht nicht nur durch Verletzungen, rostige Nägel und verunreinigte Wunden. Immer sind Infektionen im Körper der Auslöser, wie bei ihm eine Lungenentzündung. Auch nach Operationen und anderen medizinischen Eingriffen, wie dem Legen eines

Dauerkatheters, kann es zu einer Sepsis kommen, wenn dabei Erreger in die Blutbahn gelangen. Bei der Behandlung zählt jede Minute, um den Tod oder Organschäden zu verhindern.

Aufgrund von Durchblutungsstörungen kann nach einer Sepsis die Amputation von Gliedmaßen notwendig sein. Bei VdK-Mitglied Cornelia Sichermann führte eine normale Darm-OP vor zwei Jahren zur Sepsis. Die 49-Jährige hat heute eine Fuß- und eine Armprothese. Sie möchte Menschen mit ähnlichem Schicksal sowie deren Angehörige mit einer Selbsthilfegruppe Unterstützung anbieten. Stefan Müller sagt: „Der Austausch unter Betroffenen ist sehr wichtig. Hinzu kommt: Ich muss meinem Gegenüber nichts erklären.“

Die Selbsthilfegruppe in Oberfranken trifft sich jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 16 Uhr in den Räumen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Leibnizstraße 6, in Bayreuth. Informationen hierzu gibt es unter Telefon (01 74) 8 66 48 91. Die Gruppe in Mittelfranken startet jeden zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr im Online-Format. Anmeldungen sind möglich bei den Mailadressen mittelfranken@sepsis-hilfe.com sowie ansbach@kiss-mfr.de.

Weitere Informationen gibt es bei der Deutschen Sepsis-Hilfe unter der Telefonnummer (07 00) 73 77 47 00 und auf deren Internetseite: sepsis-hilfe.org

Nachruf auf Peter Lassen

Der Sozialverband VdK Deutschland trauert um Peter Lassen, der Anfang Juli im Alter von 63 Jahren unerwartet verstorben ist. Peter Lassen hat mit seinem großen ehrenamtlichen Engagement für den VdK Nord, seiner Menschlichkeit und seiner Tatkraft das Verbandsleben enorm bereichert. Kurz vor seinem Tod war er Teil der bundesweiten VdK-Ehrenamtsaktion „Alles geht zusammen“. In der vergangenen Ausgabe der VdK-Zeitung kam er als Vertreter des Ehrenamts zu Wort und lobte den familiären Zusammenhalt im VdK.

Peter Lassen übernahm leitende Funktionen im Ortsverband Eckernförde sowie im Bezirksverband Schleswig. Seine natürliche Kontaktfreude und seine langjährige Erfahrung machten ihn als Ehrenamtskoordinator im VdK Nord zu einem unverzichtbaren Wegweiser für Ehrenamtliche. Mit seiner Begeisterung für den VdK steckte er auch seine Ehefrau Angela an, die den Ortsverband Schleswig-Eckernförde leitete.

Mit großer Trauer nimmt die Landesverbandsvorsitzende des VdK Nord, Regina Bunge, Abschied: „Peter Lassen war nicht nur ein engagierter und kompetenter Verbandspartner, sondern auch ein Mensch mit einem ausgleichenden Wesen. Mit seinem Tod verliert der VdK Nord einen leidenschaftlichen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit. Sein Wirken und seine Persönlichkeit bleiben uns in dankbarer Erinnerung.“

„Zukunftspakt Ehrenamt schmieden“

Staatsministerin Schenderlein will freiwilliges Engagement stärker fördern

Zum Auftakt der VdK-Ehrenamts- initiative „Alles geht zusammen“ in Berlin hatte die Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, Dr. Christiane Schenderlein, ein Grußwort geschickt. Im Gespräch mit der VdK-Zeitung erklärt sie, wie sie das Ehrenamt fördern will.

Warum ist das Ehrenamt in Deutschland so wichtig?

Ehrenamt und Engagement haben in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt, was sie angesichts großer gesellschaftlicher Herausforderungen leisten können. Denken wir an die unglaubliche Hilfe bei der Flutkatastrophe im Ahrtal vor vier Jahren oder bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Und genauso engagieren sich Millionen Menschen jeden Tag. Bei den Rettungskräften und im Bevölkerungsschutz, in einer Nachbarschafts- initiative, im sozialen Dienst und der Wohlfahrt, im Naturschutz oder in der Kommunalpolitik: Ohne Ehrenamt würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Sich engagieren heißt Mitgestalten und Mitentscheiden, Teilhaben und Teilhabe ermöglichen.

Man sieht es am VdK: 2,3 Millionen Mitglieder und über 60 000 Ehrenamtliche in 13 Landesverbänden. Wo stünden wir ohne dieses Anpacken, diesen Zusammenhalt? Ehrenamt und Engagement sind Säulen unserer Gesellschaft. Sie stehen für Menschlichkeit und Miteinander.

Was ist für die Unterstützung des Ehrenamts politisch in Zukunft angedacht?

Neben politischer und öffentlicher Anerkennung geht es um Förderung und Beratung. Genau darin ist die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt eine starke Partnerin an der Seite der Ehrenamtlichen. Wir werden die Arbeit der Stiftung, die Fortbildung und Qualifizierung umfasst, ausbauen und stärken. Daneben brauchen Ehrenamt und Engagement Luft zum Atmen durch weniger Bürokratie. Ich habe jetzt alle beteiligten Ministerien an einem Tisch versammelt. Wir sind uns einig, dass wir einen Zukunftspakt Ehrenamt schmieden: mit vereinfachten Regeln im Datenschutz-, Vereins- und Zuwendungsrecht, mit Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht, mit Haftungsregelungen, die es leichter machen, Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus wollen wir die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale erhöhen und Förderbedingungen vereinfachen. Unsere Politik wird die Hürden für freiwilliges Engagement senken, die Motivation zum Ehrenamt erhöhen und Leistungen, die Ehrenamtliche für die Gesellschaft erbringen, sichtbarer machen.

Was halten Sie von der Forderung des VdK, die Förderung des Ehrenamts als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern?

Wir brauchen mehr Anerkennung, Förderung und Stärkung von Ehrenamt und Engagement. Dass wir die Zuständigkeit für beide Themen jetzt im Kanzleramt zusammengeführt haben, dass

es jetzt eine Staatsministerin für diesen Bereich gibt: Das bedeutet eine klare Aufwertung und ist ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für ehrenamtlich Engagierte. Ich trete als Staatsministerin dafür ein, für Ehrenamt und Engagement in unserem Land an zentralen Stellen wirklich etwas zu bewegen. Unser entschiedener politischer Einsatz auf diesem zentralen gesellschaftspolitischen Feld darf nicht davon abhängen, ob auch das Grundgesetz ihn explizit fordert.

Interview: Claudia Kepp

VdK ist wichtiger Partner beim Abbau von Barrieren

Kooperation mit der Kommune: VdK-Ehrenamtliche stehen der Stadt Langen mit Rat und Tat für mehr Inklusion zur Seite

Die Ehrenamtlichen im VdK-Ortsverband Langen in Hessen machen sich mit vielen Ideen und Aktionen für mehr Barrierefreiheit in der Stadt stark. Da trifft es sich gut, dass die Stadtverwaltung dieses Thema ebenfalls vorantreibt und auf den VdK als wichtigen Partner vor Ort große Stücke hält.

Inklusion und der Abbau von Barrieren sind in der 40 000-Einwohner-Stadt Langen, in der 6400 Menschen mit einer Behinderung leben, große Themen. Das Land Hessen hat der Kommune Fördermittel in Höhe von knapp 300 000 Euro bereitgestellt, um in einem Modellprojekt Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu unterstützen.

Um die Ziele anzugehen, setzt die Stadt auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Langener Ortsverband des VdK. Denn dort sitzen Experten in Sachen Barrierefreiheit – zum Beispiel Holger Albustin. Der Vorsitzende ist seit vielen Jahren in einem Großunternehmen als ehrenamtlicher Schwerbehindertenvertreter tätig.

Geschätzter VdK

Albustin bringt sein Wissen über Inklusion, Antragstellungen und Fördermöglichkeiten in der Sozialberatung des VdK-Kreisverbands ein und berät Firmen. Auch die darüber hinaus gute Arbeit des VdK hat sich in der Stadt herumgesprochen. Mittlerweile zählt der Ortsverband bereits rund 1000 Mitglieder.

Um seine Ziele zu erreichen, sucht sich der Ortsverband Partner und knüpft den Kontakt zur Stadtverwaltung. So hat der Vorstand Rundgänge mit Vertretern der Kommune organisiert, um auf Barrieren in der Innenstadt hinzuweisen. Zudem hat VdK-Mitglied Reinhold Pulcher in diesem Jahr ein Ideenpapier zur Umsetzung von Barrierefreiheit vor Ort mit vielen praktischen Tipps entwickelt. Bei der Erstellung hat er sich von dem Projekt „Kommune Inklusiv“ der Aktion

Mensch inspirieren lassen. Deren „Praxishandbuch Inklusion“ legt er auch anderen Ortsverbänden ans Herz, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Barrierefreiheit setzt der Ortsverband darauf, alle rollstuhlgerechten öffentlichen Orte in Langen zu erfassen und auf einer Karte im Internet zu markieren. Dafür steht Pulcher in Kontakt mit der Initiative Wheelmap, die eine Online-Karte zum Auffinden von rollstuhlgerechten Orten entwickelt hat. Um an dem Projekt teilnehmen zu können, hat er von der Bürgerstiftung Langen Spenden eingeworben und einen Förderantrag bei der Aktion Mensch gestellt. Im Zuge dessen sind Kooperationen mit Schulen angedacht, um Jugendliche mit Zollstöcken und Tablets auszustatten, die dann für die Kartierung öffentliche Orte in Langen auf Barrierefreiheit überprüfen. Dieses VdK-Projekt ergänzt sich mit dem Vorhaben der Stadt, ein Handlungskonzept für eine barrierefreie Innenstadt zu entwickeln. Zudem will die Kommune die Stelle eines Inklusionsbeauftragten schaffen und ein inklusives Kulturprojekt realisieren.

In der Lenkungsgruppe

Bei all diesen Bemühungen setzt der Langener Wirtschaftsförderer Joachim Kolbe auf den VdK: „Wir haben Vertreter des Ortsverbands in die Lenkungsgruppe für diese Projekte eingeladen. Der VdK ist vor Ort ein wichtiger Partner für uns.“ Mehr Barrierefreiheit bedeutet für Kolbe auch gleichzeitig Wirtschaftsförderung. Denn die Kundinnen und Kunden in den Geschäften der Innenstadt würden immer älter und sind oft nicht mehr uneingeschränkt mobil. Für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele bieten die VdK-Ehrenamtlichen der Stadt an, kommunale Mitarbeiter zu schulen und ihnen bei den weiteren Vorhaben beratend zur Seite zu stehen.

Am 7. September sollen die Langener Bürgerinnen und Bürger Näheres über die Pläne erfahren. Der VdK und die Stadt wollen beim Langener Markt, einer Traditionsveranstaltung mit tausenden Besucherinnen und Besuchern, die Projekte zur Inklusion gemeinsam vorstellen.

Inklusion in der Kommune

Forschungsprojekt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Im Jahr 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert. Diese Norm verpflichtet auch die Kommunen, Maßnahmen umzusetzen, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sicherstellen.

„Derzeit haben nur 41 Prozent der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern und der Kreise Pläne zur Umsetzung der UN-BRK in Arbeit oder abgeschlossen. Das reicht bei weitem nicht aus“, sagt Professor Albrecht Rohrmann von der Universität Siegen. Er und sein Team haben untersucht, inwieweit 619 Kommunen die Verpflichtungen der UN-BRK tatsächlich bereits umsetzen.

Aus der UN-BRK ergibt sich, dass Kommunen verpflichtet sind, ausreichend barrierefreie Wohnungen bereitzustellen und dafür zu sorgen, dass alle Menschen unabhängig von einer Behinderung Ämter und Schulen aufsuchen können. Sie sind angehalten, Menschen mit Behinderung flexible Unterstützungsdienste, wie etwa Assistenzdienste oder Schulbegleitung, für ein selbstbestimmtes Leben anzubieten. Doch daran mangelt es häufig.

Akuter Handlungsbedarf

„Eine barrierefreie Infrastruktur ist kein Nice-to-have. Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels besteht akuter Handlungsbedarf in den Städten und Gemeinden“, erklärt Leander Palleit. Er leitet die Monitoring-Stelle UN-BRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), das die Studie beauftragt hat.

„Wir sehen bestätigt, dass es noch vieler konkreter Maßnahmen vor Ort bedarf, um die Vorgaben der UN-BRK umzusetzen“, sagt VdK-Präsidentin Verena Bentele. Hier müssen auch politische Rahmenbedingungen angepasst werden.

Mehr barrierefreier Wohnraum könnte entstehen, wenn Barrierefreiheit im Neubau als verbindlicher Mindeststandard gelten würde. Damit alle Kinder gemeinsam lernen können, müssten Bund, Länder und Kommunen im Bereich Bildung stärker zusammenarbeiten und eine ausreichende Finanzierung sicherstellen. Kommunen könnten die Vergabe öffentlicher Mittel an die Einhaltung der UN-BRK koppeln und damit gleichzeitig dafür sorgen, dass sie die gemeindenahen Dienstleistungen und Einrichtungen barrierefrei zugänglich gestalten, erklärt Bentele.

In der Analyse zeigte sich auch, dass Menschen mit Behinderung oft nicht ausreichend an Planungsprozessen beteiligt werden, obwohl dies ein zentraler Aspekt bei der Umsetzung der UN-BRK ist. Sie würden zwar gelegentlich einbezogen, wirkliche Mitbestimmung, etwa durch ein Vetorecht oder eine feste Vertretung in Steuerungsgruppen, sei aber selten, so Rohrmann. Die Forscherinnen und Forscher empfehlen, dass Kommunen die Umsetzung der UN-BRK über einzelne Maßnahmen hinaus gut planen und Menschen mit Behinderung aktiv beteiligen. Außerdem weisen sie darauf hin, dass eine konsequente Umsetzung mehr Verbindlichkeit braucht.

Barrierefreiheit planen

Kommunen bewerten Barrierefreiheit oft als zu teuer. „Sie ist aber ein Menschenrecht und darf keine Frage des Haushalts sein“, sagt Bentele. Nachbesserungen kosten meist deutlich mehr Geld. Es lohnt sich deshalb, Barrierefreiheit frühzeitig bei der Planung von öffentlichen Gebäuden, Straßen oder digitalen Angeboten mitzudenken.

Rohrmann betont, dass es schon viele positive Ansätze gibt: Kommunen, die inklusive Prozesse von Anfang an systematisch planen, mit ausreichend Personal und Geld ausstatten und eine umfassende Beteiligung von Menschen mit Behinderung sicherstellen. „Diese Kommunen erzielen nachhaltigere Ergebnisse“, so sein Fazit.

Das DIMR stellt auf seiner Webseite praxisnahe Materialien und Werkzeuge zur Verfügung. Kommunen können konkrete Beispiele und Hilfestellungen sowie rechtliche Vorgaben für ihre Planungsprozesse nutzen.

Mit „Zauberschlägen“ zum Nationalspieler

VdK-Mitglied Nikolai Sommer kam nach schweren Verletzungen zum Tischtennis und strebt nun die Paralympics an

Innerhalb weniger Jahre ist Nikolai Sommer einer der besten deutschen Para-Tischtennisspieler geworden. Zuletzt gewann das VdK-Mitglied drei deutsche Meistertitel. Sein großes Ziel sind die Paralympics in Los Angeles. Als jugendlicher Skifahrer träumte er von Winterspielen. Ein schlimmer Trainingsunfall veränderte alles.

Nikolai Sommer war eines der größten Nachwuchstalente des deutschen Skiverbands. Als Nummer zwei der Weltrangliste im Super G startete der Oberbayer am 11. Mai 2017 ins Training für die neue Saison. Die wellenförmige Piste auf dem Kaunertaler Gletscher war für den 16-Jährigen wie gemacht. Doch schon bei den ersten Hügeln der Abfahrt merkte er, dass er viel zu schnell unterwegs war. Er verlor die Kontrolle, flog hoch in die Luft und landete auf dem Rücken. Trotz des starken Aufpralls blieb er bei Bewusstsein. Er versuchte, seine Beine zu bewegen. Vergeblich. Die Teamkollegen waren längst bei ihm. Die Bergwacht kam, und er wurde per Hubschrauber in die nahe gelegene Innsbrucker Klinik geflogen. Dort wurde sofort eine Operation vorbereitet. Er konnte noch kurz, unter Tränen, mit seinem Vater telefonieren. Seine Befürchtung bewahrheitete sich: Er war querschnittsgelähmt.

Nikolai Sommer wurde in die Unfallklinik nach Murnau verlegt. Dort lernte er andere Menschen mit ähnlichem Schicksal kennen. Im Rollstuhl fing er wieder mit Sport an, spielte Basketball, und nach wenigen Monaten fuhr er auch wieder Ski. Nikolai Sommer, der sich in der Zwischenzeit dem Sozialverband VdK angeschlossen hatte, kam ins Para-Skiteam.

Nächster Rückschlag

Neues Ziel: die paralympischen Winterspiele in Peking. Doch bei einem Europacup-Rennen brach er sich die Schulter. Kurz danach erkrankten seine Eltern schwer. Sommer geriet in eine Krise und machte auch keinen Sport mehr.

Der Besuch einer Sportsbar Anfang 2022 in Innsbruck, wo er mit Studienfreunden Fußball schaute, brachte die Wende: Auf der dortigen Tischtennisplatte spielten sie miteinander. Sommer hatte nicht nur Spaß, sondern bewies auch Talent. In einem Tischtennisclub im Innsbrucker Vorort Rum begann er zu trainieren. Er spielte im Team mit Nichtbehinderten, wurde immer besser und nahm in Österreich und Deutschland – seine doppelte Staatsangehörigkeit machte es möglich – an Para-Tischtenniswettbewerben teil. 2024 gewann

er bei seinen ersten österreichischen Meisterschaften gleich zwei Titel. Im selben Jahr wurde er in der Bundesrepublik Meister und deutscher Nationalspieler.

Mittlerweile trainiert Nikolai Sommer gleich an mehreren Orten in Deutschland und Österreich: Im oberbayerischen Kolbermoor, rund eine Stunde von seinem Elternhaus im Landkreis Traunstein entfernt, coacht ihn Co-Bundestrainer Michael Fuchs. Außerdem ist er regelmäßig in Salzburg und am Olympiastützpunkt in Düsseldorf, wo er mit den besten deutschen Spielern trainiert.

Die Professionalität in seinem Sport gefällt Nikolai Sommer, auch wenn er seinen Spielstil ständig verändern muss. „Ich habe so ein paar Zauberschläge“, erzählt er. Doch diese soll er sich abgewöhnen und stattdessen die Standardschläge perfektionieren. So übt er manchmal monatelang nur „Konterschläge“, die im Rollstuhltischtennis das A und O sind.

„Ich lerne sehr schnell“

Eine seiner Stärken kommt ihm dabei zugute: „Ich lerne sehr schnell.“ Ein weiteres Plus sind seine Aufschläge: 30 Varianten beherrscht er und bringt damit viele Gegner in Bedrängnis. Sein Trainingseifer hat sich ausgezahlt: Bei den deutschen Meisterschaften im Mai in Sindelfingen errang er Gold im Einzel, im Doppel (mit Thomas Brühle) und im Mixed (mit Kyra Liepach). Bei internationalen Turnieren gewann er ebenfalls schon mehrere Medaillen.

Auf dem Weg zu den Paralympics 2028 in den USA stehen neben nationalen und internationalen Turnieren eine Welt- sowie zwei Europameisterschaften an. Sommers Chancen, sich für die Spiele zu qualifizieren, sind sehr groß. Für diesen Traum braucht er allerdings noch finanzielle Unterstützung: Auf seiner Webseite „Niko – Road to LA 2028“ () wirbt er für Sponsoren. An der Platte gibt er sein Bestes – und ab und zu rutscht ihm noch einer seiner Zauberschläge raus.

Aktuelle Filme auf VdK-TV

Viele Patientinnen und Patienten, die am Post-Covid-Syndrom erkrankt sind, haben Schwierigkeiten, die richtige Diagnose und Behandlung zu erhalten. Das liegt unter anderem daran, dass es diese Krankheit erst seit wenigen Jahren gibt, und dass sie Symptome aufweist, die auch bei anderen Erkrankungen auftreten können. In vielen Fällen sind daher die Gutachten der behandelnden Ärztinnen und Ärzte wenig aussagekräftig. Das kann zur Folge haben, dass Krankenkassen beantragte Leistungen ablehnen. Manche Erkrankte laufen sogar Gefahr, aus dem Krankengeldbezug herauszufallen, ohne dass ihre Arbeitsfähigkeit wiederhergestellt ist. VdK-Juristin Loren Weber rät, was Betroffene in einer solchen Situation tun sollten, und erklärt, welche Leistungen ihnen zustehen.

Im VdK dreht sich zurzeit alles ums Thema Ehrenamt: In den über 75 Jahren seit seiner Gründung waren es die vielen ehrenamtlich Aktiven, die den Verband zu einer lebendigen Gemeinschaft und einer starken Stimme für sozial Benachteiligte geformt haben. Höchste Zeit also, den Ehrenamtlichen im Verband einmal Danke zu sagen und ihren Beitrag zu den kleinen und großen sozialpolitischen Fortschritten in unserer Gesellschaft zu würdigen. In dieser

Ausgabe von „Klipp & Klar“ erzählt VdK-Präsidentin Verena Bentele, wie sie den VdK kennengelernt hat, und wie sie die engagierten Mitglieder erlebt.

Ab sofort zeigt VdK-TV jeden Monat eine Folge der neuen Ratgeberreihe zum Thema Schwerbehindertenvertretung (SBV). Die Schwerbehindertenvertretungen und Inklusionsbeauftragten in Dienststellen und Betrieben werden alle vier Jahre gewählt. Für die Ausübung ihres Amtes benötigen sie viel Fachwissen im Rehabilitations- und Schwerbehindertenrecht. Mehrere VdK-Landesverbände veranstalten für die SBVs regelmäßig Seminare, Konferenzen, Arbeitskreise und Tagungen. Daraus ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erwachsen und ein Netzwerk, das trägt, weil es den SBVs auch untereinander die Möglichkeit zum kollegialen Austausch bietet. Das ist wichtig, denn in ihren Betrieben müssen sie oft eher als Einzelkämpfer agieren. Die Ratgeberreihe bietet interessante Einblicke und Hintergründe zur Tätigkeit der SBVs und kann vielleicht dazu motivieren, sich selbst für mehr Inklusion in der Arbeitswelt zu engagieren.

Die Redaktion des Videoportals VdK-TV informiert Sie regelmäßig zu wichtigen sozialen und rechtlichen Themen. Alle Filme sind abrufbar unter

VdK-TV-Magazin in Sport1

VdK-TV-Magazin in Sport1

„miteinander“ im September

Eine tragende Säule des VdK ist das Ehrenamt: Der Sozialverband kann sich auf das Engagement von bundesweit rund 60 000 Mitgliedern verlassen. Das TV-Magazin **miteinander** steht in der September-Ausgabe ganz im Zeichen der VdK-Aktion „Alles geht zusammen“. Deren Ziel ist es, die vielen Gesichter des Ehrenamts im VdK zu zeigen. Denn oft tun die aktiven Mitglieder Gutes, ohne dass dies in der Öffentlichkeit genügend Beachtung und Anerkennung findet.

Für VdK-Präsidentin Verena Bentele ist das Ehrenamt „das Rückgrat unserer Gesellschaft“. Im ausführlichen Interview mit VdK-TV würdigt sie daher den Beitrag der Ehrenamtlichen für den sozialen Zusammenhalt. Veränderungen, so Bentele, fangen immer im Kleinen und vor Ort an – dort, wo sich die vielen VdKlerinnen und VdKler für konkrete Verbesserungen einsetzen. Sie benennt auch ihre politischen Forderungen, um das Ehrenamt zu stärken: So spricht sie sich dafür aus, die Ehrenamtspauschale deutlich zu erhöhen, die Freistellung im Beruf für Fortbildungen im Ehrenamt zu erleichtern und die Förderung des Ehrenamts als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

Eine Herzensangelegenheit ist für sie die Unterstützung von Frauen auf dem Weg in ehrenamtliche Leitungsfunktionen.

miteinander ist eine der beständigsten Sendereihen im deutschen Fernsehen. Seit 27 Jahren informiert das VdK-Sozialmagazin monatlich über sozialpolitische Themen und rechtliche Fragen und wendet sich an Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen.

Bayern braucht ein Fitnessprogramm

VdK-Pressekonferenz mit Forderungen an die Staatsregierung

Landesvorsitzende Verena Bentele kritisierte auf der Sommer-Pressekonferenz des VdK Bayern den mangelnden Einsatz der Staatsregierung für die soziale Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Familie, Gesundheit und Pflege. Landesgeschäftsführer Michael Pausder stellte die Zahlen zur erfolgreichen VdK-Sozialrechtsberatung im ersten Halbjahr 2025 vor.

Verena Bentele empfahl der Staatsregierung ein Fitnessprogramm für die soziale Infrastruktur. Sie kritisierte, dass die bayerischen Sozialleistungen des Familien- und Krippengelds ab 2026 durch das deutlich geringere „Kinderstartgeld“ ersetzt werden sollen: „Für Familien mit niedrigen Einkommen bedeutet die Änderung de facto eine Kürzung um rund 5400 Euro je Kind.“ Der VdK Bayern fordert einen sozialen Ausgleich statt pauschaler Einmalzahlung von 3000 Euro je Kind, damit ärmere Familien höhere Leistungen bekommen.

Schlechte Startchancen führen häufig in eine Armutsbiografie bis ins Alter. Insbesondere die Frauenaltersarmut ist in Bayern groß. Bei Neurenten aus der gesetzlichen Rente klafft eine Rentenlücke von etwa 450 Euro zwischen Männern und Frauen. Männer starteten 2023 in Bayern mit durchschnittlich 1350 Euro ins Rentenleben, Frauen mit 905 Euro. „Doch auch die Männerrenten sind angesichts der Armutsschwelle von 1397 Euro für einen Einpersonenhaushalt alles andere als üppig“, so Bentele.

Im politischen Tagesgeschäft fehle oft der lange Atem, bemängelte die Landesvorsitzende. „Die Staatsregierung agiert quälend langsam, um die Herausforderungen für Gesundheit und Pflege anzupacken. Bei der Planung für die Umsetzung der Krankenhausreform hinkt Bayern um Jahre hinterher.“ Es häufen sich Insolvenzen kleiner Kliniken. Diese Krise trifft im ländlichen Raum auf eine löchrige Gesundheitsversorgung mit Hausarzt- und Facharztpraxen.

Um die Pflegeversorgung der Bevölkerung in allen Teilen Bayerns sicherzustellen, fordert der Sozialverband VdK, die pflegerische Daseinsvorsorge zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, ausfinanziert von Bund und Ländern. „Der Markt und nicht selten der Zufall bestimmen, welche Pflegeangebote es vor Ort gibt. Wir steuern hier auf eine Katastrophe mit Ansage zu. Das Anbieten von Pflegedienstleistungen der freien Wirtschaft zu überlassen, hat in eine Sackgasse geführt“, sagte Bentele.

Der größte Pflegepersonalmangel wird den Kreisen Straubing-Bogen, Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Bamberg, Tirschenreuth, Cham und Rottal-Inn vorausgesagt. Zudem spitzt sich die gesundheitliche und pflegerische Versorgung besonders dort zu, wo die Bevölkerung schon seit Jahren schrumpft und älter wird als im Durchschnitt Bayerns, wie in den Landkreisen Kronach, Hof und Wunsiedel. „Doch eigentlich bleibt keine der bayerischen Kommunen verschont, auch die Großstädte nicht. Und es fehlt überall an koordinierten regionalen Konzepten und Verantwortlichkeiten“, kritisierte Bentele.

Pflege immer teurer

VdK-Mitglieder berichten, dass es längst nicht mehr darum geht, einen guten Heimplatz zu bekommen, sondern nur noch darum, irgendeinen Platz zu ergattern. Und dort werden immer höhere Eigenbeteiligungen fällig, die aktuell in Bayern durchschnittlich 3094 Euro im ersten Pflegeheimjahr betragen.

Auch Familien, die zu Hause pflegen, vermissen finanzielle Entlastung. Seit Monaten herrscht ein riesiger Antragsstau für bayerische Fördergelder zum barrierefreien Umbau der Wohnung. Eine direkte VdK-Nachfrage bei Bauminister Christian Bernreiter, ob Betroffene mit dem Geld rechnen können, wurde nur vage beantwortet. „Wir fordern, dass zur Sicherung der Pflegeinfrastruktur das Förderprogramm zuverlässig läuft“, so Bentele.

Hohe Nachzahlungen

VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder stellte die VdK-Zahlen vor. Im ersten Halbjahr 2025 fanden 196 317 Beratungen statt, es wurden 58 071 Anträge gestellt, 16 806 Widersprüche eingelegt und 4648 Klagen begonnen. „Der Gang zum VdK lohnt sich für unsere Mitglieder. Die Nachzahlungen liegen für das erste Halbjahr bei 59,8 Millionen Euro“, sagte Pausder.

Der VdK vertritt 20 Prozent aller Klageverfahren vor dem Landessozialgericht. Einige Senate sollen von München nach Schweinfurt verlegt werden. „Nur 30 Prozent der Klagen stammen aus Ober-, Mittel- und Unterfranken. Also müssen künftig viele VdK-Klagende weit aus dem Süden anreisen. Diese Umstrukturierung ist reine Symbolpolitik, denn es werden durch die Verlagerung nicht einmal zehn neue Arbeitsplätze in Schweinfurt entstehen“, erklärte Pausder. Er appellierte an die Staatsregierung, diese Entscheidung zurückzunehmen.

CSD lockt viele Menschen an

VdK-Infostände in Bayern sehr gut besucht

Mit großem Einsatz und viel Freude haben Ehren- und Hauptamtliche auf verschiedenen Christopher Street Days (CSD) den VdK Bayern repräsentiert. Sie freuten sich über großes Interesse.

Zahlreiche Menschen kamen beim Christopher Street Day in München auch zum Infostand des VdK. Landesgeschäftsführer Michael Pausder, der selbst den ganzen Nachmittag vor Ort war, zeigte sich begeistert vom großen Interesse der vielen Kinder, Frauen und Männer. „Unser Stand beim Christopher Street Day in der Münchner Fußgängerzone war ein regelrechter Publikumsmagnet“, sagte er.

Farbenfrohe Präsente

„Junge und ältere Mitglieder und ‚Noch-nicht-Mitglieder‘, die sich sehr für unsere Sozialrechtsberatung und unser sozialpolitisches Engagement interessieren, suchten das Gespräch mit unseren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, fügte Pausder hinzu. Ein Anziehungspunkt war das Glücksrad des VdK, bei dem es verschiedene VdK-Präsente zu gewinnen gab wie Fächer und Tragetaschen in Regenbogenfarben. Es war ständig in Betrieb, und selbst die lange Schlange hielt die Menschen nicht davon ab, sich anzustellen.

Kreisverbände und Bezirksgeschäftsstellen des VdK engagierten sich auch noch in anderen Städten Bayerns: So gab es Infostände in den Großstädten Augsburg, Bamberg, Nürnberg, Rosenheim, Würzburg sowie im oberbayerischen Schongau und in den oberpfälzischen Kreisstädten Amberg und Schwandorf.

Michael Pausder freute sich über den großen Zulauf und zog ein durchweg positives Fazit: „Der VdK präsentierte sich als moderner, vielfältiger Sozialverband, der sich auch für die Rechte von Minderheiten einsetzt, und für den die Würde aller Menschen unantastbar ist und bleibt.“ Er bedankte sich bei allen VdK-Mitarbeitenden, die sich von früh bis spät bei den verschiedenen CSD-Aktionen im Freistaat engagiert haben.

Zwölf Jahre an der Verbandsspitze

VdK Bayern trauert um langjährigen Vorsitzenden Karl Jörg Wohlhüter

Am 14. Juni 2025 verstarb Karl Jörg Wohlhüter im Alter von 81 Jahren. Er war von 1991 bis 2003 Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK Bayern.

Der Journalist war beim Bayerischen Rundfunk Leiter der Hauptabteilung „Bayern, Wirtschaft und Service“. Der damals 50-jährige war also noch voll im Berufsleben, als er 1991 auf den im Amt verstorbenen Vorsitzenden Karl Weishäupl folgte. Zwölf Jahre blieb Wohlhüter Landesvorsitzender. Von 1998 bis 2002 war er zudem Vizepräsident des VdK Deutschland.

„Soziale Gerechtigkeit, das wusste er als sachkundiger Beobachter der Sozialpolitik in Bayern und Deutschland, ist kein Geschenk, sondern muss immer wieder verteidigt und erstritten werden“, sagt VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder, der zur Amtszeit Wohlhüters VdK-Pressesprecher war. Er erinnert sich an dessen große Dynamik. „Karl Jörg Wohlhüter war ein wichtiger Wegbereiter für den VdK, er hat unseren Sozialverband erfolgreich ins neue Jahrtausend geführt. Ihm ist es mit zu verdanken, dass sozialpolitische Themen heute aufs Engste mit dem VdK verknüpft sind“, ist er überzeugt.

Der solide Ruf des VdK in Bayern als erste Anlaufstelle für sozialrechtliche Fragen konnte in der Amtszeit Wohlhüters gestärkt werden. 1991 zählte der VdK noch 310 000 Mitglieder, kurz nach der Jahrtausendwende fast 500 000.

Insbesondere die Situation älterer Menschen hatte Wohlhüter im Fokus. Das Alter sollte ein in Würde gelebter Lebensabschnitt sein. Er setzte sich für den Ausbau der geriatrischen Rehabilitation in Bayern ein und etablierte „VdK-Seniorentage“. Beim größten dieser Ereignisse strömten am 1. Oktober 1991 7000 VdK-Mitglieder aus ganz Bayern in die Münchner Olympiahalle.

Die Wiedervereinigung sah Wohlhüter auch für den VdK als Chance. So unterstützte der VdK Bayern den Aufbau ostdeutscher VdK-Landesverbände. Bis heute ist der VdK Bayern dem VdK Sachsen eng verbunden. Zudem etablierte Wohlhüter mit der VdK-Zeitung eine gemeinsame Mitgliederzeitung aller VdK-Landesverbände.

„Zupackender Macher“

Seine heutige Amtsnachfolgerin Verena Bentele weiß aus Erzählungen, mit wie viel Leidenschaft Wohlhüter gearbeitet hat. Sie sagt: „Er wird uns in Erinnerung bleiben als Vordenker und zupackender Macher, der die Interessen der Mitglieder und die sozialpolitische Stärke des VdK Bayern gleichermaßen im Blick hatte.“

1990 erhielt Karl Jörg Wohlhüter für seinen Einsatz die Staatsmedaille für soziale Verdienste und 1991 die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber. Aus beruflichen Gründen trat er 2003 nicht mehr zur Wahl an. Dem VdK blieb er immer verbunden. Seine letzte Ruhe fand er in seiner Geburtsstadt Passau.

Einsatz für Pflegebedürftige

Yvonne Knobloch feiert Dienstjubiläum

Der VdK Bayern bedankt sich bei Yvonne Knobloch, Leiterin des Ressorts „Leben im Alter“, für zwei Jahrzehnte engagierte Mitarbeit.

Die Diplom-Sozialpädagogin startete 1998 im Geriatriezentrum Neuburg unter anderem in der Wohnraumberatung. Am 1. August 2005 wurde sie dort vom VdK Bayern mit Aufbau und Leitung der VdK-Pflegeakademie beauftragt. 2015 übernahm sie die Leitung des neuen Ressorts „Leben im Alter“ in der VdK-Landesgeschäftsstelle.

Mit ihrem Team betreut sie das erfolgreiche VdK-Pflege-Beratungstelefon, bietet Pflegekurse und Seminare an und bildet ehrenamtliche VdK-Pflegebegleiterinnen und -begleiter aus. Zum Aufgabenbereich gehören auch die VdK- Wohnraumberatungsstellen in Dachau, Regen und Passau.

VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder schätzt Yvonne Knoblochs Fachkompetenz sehr: „Sie ist eine überzeugte Anhängerin von geriatrischer Rehabilitation, um Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern. Sie und ihr Team stehen Ratsuchenden in allen Pflegefragen engagiert zur Seite.“

Auf den Punkt

Afra schwimmt

Unsere Großpudelhündin Afra und ich haben einiges gemeinsam: Wir schlafen gerne auch mal länger. Wir essen nicht alles, was man uns vorsetzt. Wir laufen und rennen gern. Wir mögen Ballsportarten, schnarchen leise, artikulieren uns laut und sind vor allem keine Wasserratten. Okay, Duschen muss sein, aber Schwimmen höchstens mal im Urlaub, wenn überhaupt. Afra traute sich bislang nie ins tiefere Wasser. Aber jetzt nach dem Adria-Urlaub hat sie es doch tatsächlich gewagt, zuhause in München in die Würm zu springen und sich mit Schwimmbewegungen über Wasser zu halten. Meine Frau und ich haben uns gefreut wie Eltern, deren Kind freihändig die ersten Schritte wagt.

Michael Pausder

Landesgeschäftsführer

Altersarmut ist weit verbreitet

Negativer Trend hält in Bayern an – Frauen sind am stärksten gefährdet

Ein sorgenfreies Leben im Ruhestand ist für immer weniger Menschen in Bayern Realität. Dies zeigen aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts für das Jahr 2024. Ein Viertel aller Frauen ab 65 Jahren sind armutsgefährdet.

VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge: „Die Staatsregierung rühmt sich gerne, dass Bayern schöner, größer, stärker und reicher als andere Bundesländer ist. Die Statistik sagt etwas anderes. Gerade bei älteren Menschen weist der Freistaat die höchsten Armutsgefährdungsquoten in Deutschland auf.“

Anhaltende Entwicklung

Besonders frustrierend sei, so Bentele, dass diese Entwicklung seit vielen Jahren anhält und dass insbesondere für Frauen ab 65 Jahren absolut keine Trendwende in Sicht ist. 2023 lag deren Armutsgefährdungsquote bei 24,5 Prozent, 2024 bei 25 Prozent. Sie ist die höchste in ganz Deutschland. Auch bei Männern im Rentenalter steigt die Gefahr der Altersarmut in Bayern weiter an. Die Quote stieg von 17,7 Prozent (2023) auf jetzt 18,1 Prozent. Insgesamt liegt die Armutsgefährdungsquote 2024 bei Menschen ab 65 Jahren in Bayern bei 22,1 Prozent, was eine Spitzenposition unter den Bundesländern bedeutet. 2023 lag dieser Wert noch bei 21,4 Prozent.

„Altersarmut ist keine Schande für die Betroffenen, sondern für den Freistaat und die Gesellschaft“, stellt die VdK-Landesvorsitzende klar. „Die Menschen brauchen dringend bessere Perspektiven für ein auskömmliches Leben im Alter“, fordert sie.

Aus Sicht des VdK Bayern muss an mehreren Schrauben gedreht werden. Der wichtigste Schritt ist, mehr weibliche Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen. „Frauen kümmern sich meistens um die Kinder, pflegen weitaus häufiger als Männer Angehörige und arbeiten öfter in schlecht bezahlten Jobs. Das ist alles Gift für die Rente“, so Bentele. Deshalb müssen mehr Angebote für Kinderbetreuung und zur Entlastung der häuslichen Pflege geschaffen werden. Der VdK fordert viel mehr Aktivität zur Eindämmung von Niedriglöhnen und zur Förderung regulärer Beschäftigung statt Minijobs.

Viele Rentnerinnen und Rentner berichten zudem, dass die hohen Lebenshaltungskosten in etlichen Teilen Bayerns sie finanziell überfordern. „Auch hier kann und muss der Freistaat aktiv werden. Wir fordern den massiven Ausbau von mehr und auch im Alter bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum“, sagt Bentele.

Armut steigt allgemein

Nicht nur die Armutsgefährdungsquoten Älterer sind in Bayern alarmierend. Auch allgemein ist die Gefahr, arm zu sein, gewachsen. 2024 lag die Quote mit 15,1 Prozent höher als 2023 mit 14,8 Prozent. Das ist ein deutlicher Rückschlag gegenüber 2022, als die Armutszahlen erstmals rückläufig waren.

Haushalte mit einer erwachsenen Person und einem oder mehreren Kindern stechen in der Statistik mit 35,6 Prozent Armutsgefährdungsquote besonders hervor. Meistens stellen Frauen die alleinerziehenden Elternteile. Deren Erwerbsmöglichkeiten sind oft stark eingeschränkt. Viele von ihnen sind deshalb auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Da sie weniger arbeiten können, wirkt sich das negativ auf ihre spätere Rentenhöhe aus.

Viele arme Kinder

Die Quote der Kinder und Jugendliche, die in Bayern unter Armutsbedingungen aufwachsen, ist unverändert hoch. 2023 wie 2024 liegt sie bei 16,2 Prozent.

Eine weitere große Gefahr ist Erwerbslosigkeit. 44,6 Prozent der Personen, die keine Arbeit haben, sind armutsgefährdet. Wenn über längere Zeit kein Arbeitseinkommen erzielt werden kann, steigt für die betroffenen Personen nicht nur die akute Armutsgefahr, sondern perspektivisch auch die Gefahr für Altersarmut.

Die Armutsgefährdungsquoten werden von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erhoben. Die vom VdK verwendeten Quoten werden nach dem jeweiligen Landesmedian berechnet, also nach den finanziellen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern. Als armutsgefährdet gilt, wer 60 Prozent oder weniger des mittleren Einkommens zur Verfügung hat.

Eine weitere Richtgröße ist die Armutsgefährdungsschwelle. Diese liegt in Bayern für einen Einpersonenhaushalt bei 1397 Euro. Sie wird von alleinlebenden Rentnerinnen und Rentnern oft unterschritten.

„Wir haben Inklusion erfahrbar gemacht“

Die Kinder- und Jugendfreizeiten des VdK Bayern feiern ihr 40-jähriges Bestehen

Seit 40 Jahren bietet der VdK Bayern Kinder- und Jugendfreizeiten an. Von Anfang an war klar, dass auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung dazugehören. An einem Nachmittag der diesjährigen VdK-Freizeit in Augsburg wurde das Jubiläum groß gefeiert.

Ehrengäste waren VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele, VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder, sein Stellvertreter Marian Indlekofer sowie VdK-Kreisgeschäftsführer Holger Hoffmann. Das Team des VdK-Ressorts „Leben mit Behinderung“ um Ressortleiter Jan Gerspach hatte neben den Kindern und Jugendlichen der aktuellen Freizeit sowie deren Betreuerinnen und Betreuern auch viele ehemalige Ehrenamtliche eingeladen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit dabei waren.

„Meine Mutter hatte mir vorgeschlagen mitzufahren, und ich dachte mir, das ist eine schöne Idee, seine Zeit zu investieren“, erinnert sich Vanessa Essex. „Ich wurde sehr schnell Teil einer netten Gemeinschaft.“ Acht Jahre lang engagierte sie sich bei etwa 20 Freizeiten ehrenamtlich als Begleiterin. Auch Annika Kurz, Kathi Afinowi und Christoph Bauer hatten über ihre Eltern zu den inklusiven VdK-Freizeiten gefunden und betreuten die Kinder und Jugendlichen viele Jahre.

In ihrer Festrede betonte Verena Bentele, wie wichtig dem VdK Bayern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung bei diesen Freizeiten ist. In diesem Bereich war der Verband in den 1980er-Jahren, als das Angebot ins Leben gerufen wurde, Vorreiter. Mittlerweile geben die Mitarbeitenden des VdK ihr fachliches Wissen an andere Organisationen weiter, die ebenfalls inklusive Freizeiten durchführen.

Marian Indlekofer war selbst viele Jahre Betreuer und hat mehr als 40 VdK-Freizeiten mitgemacht. „Dieses Ehrenamt hat mich sehr geprägt“, sagte er. „Wir haben Inklusion erfahrbar gemacht.“ Er erinnerte sich daran, wie er mit einem anderen Betreuer einen Rollstuhlfahrer im Schwimmbad die Wasserrutsche hochgetragen hat, um ihm zu ermöglichen, dass er auch einmal rutschen kann. „Er hat noch lange danach immer wieder davon erzählt“, berichtete Indlekofer.

Oder wie die Betreuer bei einem Besuch in einem Fastfood-Restaurant dafür gesorgt haben, dass das Essen für einen Teilnehmer püriert wurde, damit dieser einen Burger probieren konnte. „Ich wäre nie auf eine Freizeit mitgefahren, bei der die Gruppe nicht inklusiv ist“, bekannte Indlekofer. „Es sind die Herausforderungen, die das Ehrenamt des VdK-Freizeitbegleiters so besonders machen.“ Viele der Helferinnen und Helfer haben sich später für soziale Berufe entschieden.

Blindentorball mit Bentele

Das VdK-Team hatte für einen abwechslungsreichen Nachmittag gesorgt. Es gab Dosenwerfen, Kinderschminken, einen Sinnesparcours und ein Glücksrad, eine Fotobox, in der man sich fotografieren konnte, eine Spielecke und eine Pinnwand, auf der sich die Ehrenamtlichen verewigen konnten. Höhepunkt der Feier war ein Turnier im Blindentorball. Unter der Leitung von Familie Höbold traten vier Mannschaften gegeneinander an. Auch Verena Bentele war mit dabei.

Gespielt wird mit einem Ball, in dessen Inneren sich Glöckchen befinden. So können die Mitspielenden am Klingeln hören, wohin der Ball rollt. Die Kinder und Jugendlichen trugen lichtundurchlässige Brillen und versuchten, auf Matten liegend die gegnerische Mannschaft zu überwinden und den Ball ins gegenüberliegende Tor zu werfen.

Wie sehr die inklusiven VdK-Freizeiten das Leben der ehemaligen Betreuerinnen und Betreuer geprägt haben, wird am Beispiel der Familie Immler deutlich. Stefan Immler hat in den 2000er-Jahren seinen Bruder mit Behinderung begleitet und dabei seine spätere Frau Julia kennengelernt. Mittlerweile haben die beiden drei kleine Kinder. Als Stefan Immler vor einigen Jahren wieder einmal als Betreuer bei einer Skifreizeit dabei war, fuhren auch Julia Immler und sein ältester Sohn mit.

Rituale geben Halt und Geborgenheit

VdK Bayern informiert im Rahmen der Bayerischen Demenzwoche über die Erkrankung

Vom 19. bis 28. September findet die sechste Bayerische Demenzwoche statt. Auch der VdK Bayern beteiligt sich an der landesweiten Aktionswoche, die die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Demenz sensibilisieren will.

Die Zahl der Menschen mit einer Demenzerkrankung nimmt stetig zu. Derzeit leben in Bayern mehr als 270 000 Betroffene. Fachleute rechnen damit, dass diese Zahl bis zum Jahr 2030 auf rund 300 000 und bis 2040 auf 380 000 ansteigen wird.

Jeder Mensch kann mit dem Thema Demenz in Berührung kommen – sei es als Angehöriger, Bekannter, Nachbar oder als Betroffener. Ziel der Bayerischen Demenzwoche ist es, über die Erkrankung zu informieren und Hilfen und Angebote bekannt zu machen. Aktuell (Stand 11. August) gibt es 1164 Veranstaltungen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Dienstleistern der Altenpflege, Landratsämtern, Pflegefachstellen, Mehrgenerationenhäusern sowie privaten Initiativen.

Mit dem Online-Vortrag „Demenz verstehen, den Alltag erleichtern – Wissenswertes über Menschen mit Demenz“ beteiligt sich der VdK Bayern an der Demenzwoche. Termin ist am Mittwoch, 17. September, von 15 bis 16.30 Uhr.

Referentin Martina Würzburger erklärt, welche Warnsignale schon früh auf eine Demenzerkrankung hinweisen können. Sie erläutert, welche Fähigkeiten verloren gehen, wie eine Demenz diagnostiziert wird, und wie Angehörige mit den Betroffenen reden sollten, damit die Kommunikation gelingt. Weiterhin geht es um mögliche Aggressionen, die Aktivierung der Erkrankten und die Bedeutung von Musik.

Besonderer Schwerpunkt des Vortrags sind persönliche Werte und Rituale. Sie schaffen Struktur im Alltag und helfen, ein Gefühl von Vertrautheit und Identität zu bewahren. „Für Menschen mit Demenz sind Orientierung, Sicherheit und emotionale Geborgenheit besonders wichtig“, betont Würzburger.

Gerade im Anfangsstadium der Demenz können wiederkehrende Handlungen Halt geben und dazu beitragen, Ängste zu bewältigen. „Wenn wir Rituale pflegen und respektieren, begegnen wir Menschen mit Demenz auf Augenhöhe – mit Achtsamkeit, Würde und einem tieferen Verständnis für das, was sie innerlich bewegt“, so die Expertin.

Interessen und Vorlieben

Wichtige Anhaltspunkte, welche Abläufe die oder der Betroffene liebt, liefern die Biografie und die früheren Interessen und Gewohnheiten. Auch ein „Ich-Pass“, in dem Lieblingsspeisen, Vorlieben und Abneigungen notiert sind, erleichtert es den Pflegenden, eine liebevolle Umgebung zu schaffen.

Religiösen Menschen kann es guttun, zu beten oder einen Gottesdienst zu besuchen. Geschichten aus der Vergangenheit helfen, die eigene Identität zu bewahren. Zum Beispiel, indem man zusammen Fotos aus früheren Zeiten anschaut und ins Erzählen kommt. Gemeinsame Mahlzeiten schaffen eine Verbindung zur pflegebedürftigen Person und fördern die soziale Interaktion. Wichtig dabei ist eine entspannte Umgebung, in der die oder der Betroffene im eigenen Tempo essen kann.

Rituale können aber noch weitaus mehr: Sie rufen positive Emotionen hervor und knüpfen an schöne Erinnerungen an. Mit ihrer Hilfe können verbliebene Fähigkeiten erhalten und gefördert werden, beispielsweise beim Malen, Basteln und Handarbeiten.

Der Online-Vortrag des VdK Bayern zur Bayerischen Demenzwoche erfolgt über Zoom und ist kostenlos. Um Anmeldung bis 17. September, 11 Uhr, wird gebeten unter www.vdk-bayern-seminare.de/programm/online-vortragsreihe

TV-Programm ist eine der beständigsten Sendereihen im deutschen Fernsehen. Seit 27 Jahren informiert das VdK-TV-Magazin Monat für Monat über sozialpolitische Themen, rechtliche Fragen, zeigt Neues aus den Bereichen Gesundheit und Rente, ist generationsübergreifend und wendet sich an Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen.

Ein umgebautes Auto ist für Menschen mit Behinderung oft die einzige Möglichkeit, den Arbeitsplatz zu erreichen. Die Kraftfahrzeughilfe ist deshalb ein wesentlicher Beitrag dafür, dass sie ihren beruflichen Alltag bewältigen können. Sie bietet finanzielle Unterstützung für den Kauf eines Fahrzeugs. Mit ihr lässt sich aber auch ein Umbau finanzieren, der das Auto überhaupt erst behinderungsgerecht macht. Unser Experte Ronny Hübsch erklärt in der September-Ausgabe von miteinander, was gefördert wird, wer einen Anspruch auf Kraftfahrzeughilfe hat, und worauf man beim Antrag achten muss.

Weiteres Thema der Sendung: Beim VdK engagieren sich bundesweit nicht nur rund 60 000 Ehrenamtliche, der Sozialverband hat auch eine Reihe von Vorschlägen, wie die Politik das Ehrenamt in Deutschland stärken kann. Dazu haben wir VdK-Präsidentin Verena Bentele interviewt.

Sport1 zeigt das Magazin am 20.9. um 12 Uhr und wiederholt es am 23.9. um 7 Uhr und am 24.9. um 1 Uhr.

München TV präsentiert die Sendung am 18.9. um 15 Uhr sowie am 21.9. um 11 Uhr und um 16 Uhr.

Passionstheater nicht barrierefrei

VdK weist Oberammergau auf Hindernisse hin

Die Oberammergauer Passionsspiele sind weltberühmt, aber nicht barrierefrei zugänglich. Nach einer Ortsbegehung mit dem Sozialverband VdK Bayern verspricht Bürgermeister Andreas Rödl Verbesserungen.

Wie viele andere bayerische Kommunen hat auch Oberammergau noch einiges zu tun, um Barrierefreiheit herzustellen. Dies war bereits vor der gemeinsamen Ortsbegehung mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde sowie Expertinnen und Experten des VdK Bayern nicht anders zu erwarten. Doch so manches Hindernis überraschte auch den Ersten Bürgermeister Andreas Rödl.

Zusammen mit der VdK-Kreisvorsitzenden Susann Enders, dem Oberammergauer Ortsvorsitzenden Peter Geißelbrecht, der stellvertretenden Ortsvorsitzenden Barbara Gröbl, Beisitzerin Jutta Rollnik, den beiden ehrenamtlichen VdK-Beratern für Barrierefreiheit, Peter Maier und Reinhold Nöth, sowie Thomas Pfefferle vom Bauamt der Gemeinde Oberammergau machte Rödl eine Tour durch seine Ortschaft. Die Gruppe begutachtete, inwieweit Barrierefreiheit erreicht ist.

Das berühmte Passionstheater, in dem die Gemeinde alle zehn Jahre das Leiden und Sterben Jesu Christi nachspielt, gehörte natürlich zu den Zielen. Neben Stufen führen auch mehrere Rampen in den Zuschauerraum. Beim Vermessen stellte sich jedoch heraus, dass alle viel zu steil sind. Die Neigung betrug zwischen 23 und 26 Prozent. Damit eine Rampe als barrierefrei gilt, sollte sie höchstens sechs Prozent Steigung haben.

Im Gespräch mit der VdK-Zeitung bezeichnete Bürgermeister Rödl, der selbst VdK-Mitglied ist, nicht nur diese Erkenntnis als „ernüchternd“. Schließlich rechnet man ja damit, dass das richtig geplant wird, sagte er. Auch das Behinderten-WC im Passionstheater entspricht in vielen Punkten nicht der Norm: Notschalter, Waschbecken, Spiegel und Kleiderhaken sind zu hoch angebracht. Außerdem geht die Tür nach innen und nicht nach außen auf, was ein gravierender Sicherheitsmangel ist. Rödl will diese Fehler als Erstes beseitigen lassen.

„Luft nach oben“

In Bezug auf Barrierefreiheit ist im Ort „noch Luft nach oben“, gestand der Bürgermeister ein. So befindet sich der Sitzungssaal im Ammergauer Haus, in dem auch der Gemeinderat tagt, im ersten Stock und ist nur über eine Treppe erreichbar.

VdK-Berater Peter Maier war dankbar, die Ergebnisse zusammen mit den anderen VdK-Vertreterinnen und -Vertretern vor dem Gemeinderat präsentieren zu können. „Da zeigten sich natürlich alle sehr kooperativ“, sagte er. „Aber wenn es ums Geld geht, wird es dann oft schwierig.“

Bürgermeister Rödl wies auch auf die angespannte Haushaltslage hin. Doch er versprach, sich dafür starkzumachen, dass die Barrieren beseitigt werden.

Leidenschaftlicher Kampf um Medaillen

Mit Freude und Erfolg nehmen VdK-Mitglieder an Special Olympics teil

Spaß, Jubel und ein paar Tränen: Bei den Special Olympics Landesspielen in Erlangen zeigten die 1500 Athletinnen und Athleten, darunter viele VdK-Mitglieder, Einsatzfreude und Emotionen.

Mit Stolz präsentierte Dorian Burkardt seine drei Goldmedaillen. „Die sind megaschön“, sagte das glückliche VdK-Mitglied. Die Woche bei den Special Olympics Landesspielen in Erlangen haben ihm großen Spaß gemacht, nicht nur, weil er zu den erfolgreichsten Teilnehmern gehörte. Bei allen drei Schwimmwettbewerben, bei denen er an den Start ging, gewann der Niederbayer. „Die Stimmung ist super“, berichtete er, und bei der Schlussfeier ließen ihn seine Eltern besonders hochleben: Denn er feierte auch seinen 28. Geburtstag.

Vor Freude zu lachen, wie Dorian Burkardt, war nur eine von vielen Emotionen, die die Sportlerinnen und Sportler zeigten. Basketballspieler feierten jeden einzelnen Korb mit lautem Jubel, Boccia-Spielerinnen weinten vor Enttäuschung oder vor Glück, wie es Christina Vogt vom Sportteam Polsingen-Oettingen-Gunzenhausen tat. Nach dem Gewinn der Goldmedaille zusammen mit ihrem Teamkollegen Stefan Janik im Doppel verdrückte sie ein paar Freudentränen. Später siegte sie auch noch mit dem Team. „Christina liebt Boccia“, sagte Delegationsleiterin Lisa Heydecker. „Das ist ihr Leben.“ Mit 31 Athletinnen und Athleten mit und ohne Behinderung war Lisa Heydecker aus Schwaben zu den Special Olympics nach Mittelfranken gereist. Die „Poggen“, wie sie sich selbst nennen, waren sehr erfolgreich – auch VdK-Mitglied Sabine Söder: Sie gewann Gold im Einzel und mit dem Team.

Siegesfaust an der Platte

Einsatzfreude und Ehrgeiz zeigte auch das Tischtennisteam vom Dominikus-Ringeisen-Werk im schwäbischen Ursberg. Florian Clövers feierte den entscheidenden Punktgewinn zur Bronzemedaille mit Siegesfaust, so wie einst Tennisstar Boris Becker. Das ganze Team jubelte Clövers zu, darunter auch VdK-Mitglied Patrick Koch, der zuvor Gold in seinem Einzelwettbewerb gewonnen hatte. „Die Landesspiele sind spitze“, sagte Koch. „Ich finde es klasse, dabei zu sein.“

Der Präsident von Special Olympics Bayern, Erwin Horak, hat die Begeisterung miterlebt. Er sprach von einer „Leichtigkeit“, die bei allen Wettbewerben der Landesspiele herrschte. „Alle freuen sich: egal ob über den ersten, den zweiten oder den achten Platz“, sagte Horak der VdK-Zeitung. Bei der Schlussfeier bezeichnete Horak die Landesspiele als „phänomenal“ und „professionell durchorganisiert“. Er nannte sie einen „Meilenstein für die Inklusion in Bayern“.

Wie gemeinsames Training von Sportlerinnen und Sportlern mit und ohne Behinderung möglich ist, bewiesen zahlreiche Vereine, die an den Special Olympics teilnahmen. Der TSV Altenfurt aus Nürnberg hat seit rund zehn Jahren eine inklusive Schwimmabteilung. Geleitet wird sie von Andreas Distler, der auch Vizepräsident des Turn- und Sportvereins ist. Von den etwa 300 Schwimmerinnen und Schwimmern haben 20 bis 30 eine Behinderung, wie er erzählte. Die Trainingsgruppen werden rein nach Leistungsvermögen eingeteilt. Körperliche oder geistige Einschränkungen spielen dabei keine Rolle, betonte Distler.

Dorian Burkardt, der aufgrund eines angeborenen Gendefekts nie lesen und schreiben lernen konnte und in einer Werkstatt der Lebenshilfe in Regen arbeitet, zeigt auch, wie Inklusion im Sport möglich ist. Für seinen SV Straubing misst er sich regelmäßig mit Schwimmern ohne Behinderung – und das ebenfalls mit Erfolg: Bereits fünfmal wurde er niederbayerischer Meister.

Zwischen Tradition und Mode

Dirndl-Ausstellung im Augsburger tim

Im Augsburger Textil- und Industriemuseum (tim) dreht sich bis 19. Oktober alles ums Dirndl. Die Sonderausstellung zeigt, wie sich das Kleid vom einfachen Gewand sowohl zur Massenware als auch zum exklusiven Modeprodukt entwickelt hat.

Das Dirndl war ursprünglich die Arbeitskleidung von Dienstmägden in Bayern und Österreich. Es bestand aus zwei Teilen: einem weiten Rock und einem Mieder. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs das Interesse an ländlicher Kleidung, denn wer es sich leisten konnte, verbrachte seine Sommerfrische auf dem Land. Die Reisenden wählten das Gewand, das auch die dortige Bevölkerung trug: die Herren Jagdkleidung, die Damen das bäuerliche Arbeitskleid.

Durch die Sommerfrischler, aber auch durch Theater- und Musikproduktionen wie das Singspiel „Im Weißen Rössl“ aus dem Jahr 1930 wurde die alpenländische Tracht weltweit bekannt. Die Nationalsozialisten vereinnahmten das Dirndl ideologisch für eine „volksgemeinschaftliche“

Bekleidung. Die damals entwickelten Schnitte bildeten jedoch auch die Grundlage für die Trachtenerneuerung in den 1950er- und 1960er-Jahren. Heute ist das Dirndl vor allem Modeprodukt und Party-Outfit bei Volksfesten.

„Dirndl – Tradition goes Fashion“ im Staatlichen Textil- und Industriemuseum Augsburg, Provinstraße 46, www.timbayern.de, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 9 bis 18 Uhr. Die Ausstellung ist barrierefrei.

kleinanzeigen

In blauen Trikots durch den Olympiapark

Starkes VdK-Team um Landesvorsitzende Verena Bentele beim B2Run

Neue Bestmarke: Mit 52 Teilnehmenden war der VdK Bayern beim diesjährigen Firmenlauf B2Run durch den Münchner Olympiapark stark wie nie vertreten.

Schnellster Läufer des VdK-Teams war Jan Gerspach, Leiter des Ressorts „Leben mit Behinderung“ von der Landesgeschäftsstelle in München. Er absolvierte die 5,7 Kilometer lange Strecke in 23:59 Minuten. Nur wenige Sekunden mehr benötigte Christian Choynowski (24:07 Minuten) von der Kreisgeschäftsstelle Amberg-Sulzbach, auch Sozialpolitik-Referent Niklas Bieber (24:54 Minuten) erreichte in einer Zeit unter 25 Minuten das Ziel im Olympiastadion.

Starke Zeiten liefen zudem Markus Bäuerle (25:47 Minuten) von der Kreisgeschäftsstelle Augsburg, VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder (26:07 Minuten) und Harald Raithel (26:28 Minuten), Geschäftsführer des Kreisverbands Oberallgäu.

Bei den VdK-Frauen waren dieses Jahr Andrea Tholl (30:31 Minuten) von der Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken, Sozialrechtsvertreterin Katharina Kiefl (30:47 Minuten) von der Bezirksgeschäftsstelle Oberpfalz und Nadine Pianka (31:21 Minuten) von der Kreisgeschäftsstelle Neuburg-Schrobenhausen die schnellsten.

„Analyse“ mit Tradition

VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele überquerte mit Begleitläufer Robert Otto, VdK-Bezirksgeschäftsführer Oberbayern, nach 31:29 Minuten die Ziellinie, rund eine Minute länger unterwegs war Dana Lehmeier (32:31 Minuten) von der Kreisgeschäftsstelle Amberg-Sulzbach. Insgesamt nahmen mehr als 30 000 Läuferinnen und Läufer am 20. Münchner B2Run teil. Das VdK-Team traf sich hinterher zur traditionellen „Analyse“ in einem nahe gelegenen italienischen Lokal.

Traunstein reißt 16 000-Mitglieder-Marke

Kreisverband begrüßt Anita Brunner aus Trostberg in der VdK-Familie

Der VdK-Kreisverband Traunstein verzeichnet in seiner knapp 80-jährigen Geschichte einen Mitgliederanstieg wie noch nie.

Nachdem Ende 2019 die 13 000-Mitglieder-Marke überschritten worden war, begrüßte man erst vor einem Jahr mit der bekannten Schlagersängerin und Wahl-Chiemgauerin Stefanie Hertl das 15 000. Mitglied. Nun wurde mit Anita Brunner die 16 000-Mitglieder-Marke gerissen.

Bei einer kleinen Feierstunde in der Kreisgeschäftsstelle sagte die Trostbergerin, dass sie „nur Gutes“ über den Sozialverband VdK gehört hat. Da sie eine passionierte Kleingärtnerin ist, überreichten die VdKler ihr einen Hortensienstock.

Schongau feiert die Vielfalt

VdK-Kreisverband Oberland beteiligt sich am Christopher Street Day (CSD)

Unter dem Motto „Vielfalt statt Ausgrenzung“ zog beim CSD ein Demonstrationszug durch die Schongauer Altstadt.

Die Bürgermeister von Schongau und Peiting, Falk Sluyterman und Peter Ostenrieder, lobten das klare Zeichen der Anwesenden für Toleranz. Anschließend hatten die Gäste die Möglichkeit, sich bei verschiedenen Organisationen zu informieren. Auch der VdK Oberland war mit einem Infostand vertreten. „Vor allem bei den überwiegend jüngeren Teilnehmenden konnte der VdK seine Bekanntheit erhöhen“, freute sich VdK-Kreisgeschäftsführerin Jana Krämer.

Am Glücksrad drehen, Nachbarschaft treffen

VdK Bogenhausen mit Infostand bei Stadtteilstfest vertreten

Beim Stadtteilstfest Bogenhausen vor dem Cosimabad haben Vereine ihre Angebote vorgestellt, darunter auch der VdK-Ortsverband Bogenhausen (Kreisverband München).

Hüpfburgen und Eisbude zogen besonders Familien mit Kindern an. Auf der Bühne gab es Tanz- und Musikdarbietungen. Aber auch ältere Menschen freuten sich. Denn die Veranstaltung bot Gelegenheit, der Nachbarschaft zu begegnen und örtliche Vereine kennenzulernen – wie den VdK Bogenhausen. Vor allem Kinder hatten Spaß, am VdK-Glücksrad zu drehen.

Spiel, Spaß und Einigkeit bis zum letzten Schlag

Kinder und Erwachsene haben große Freude am inklusiven VdK-Minigolfturnier in Planegg

Sonnenschein und gute Laune herrschten den ganzen Tag über beim VdK-Minigolfturnier in Planegg. Alle freuten sich, wieder dabei zu sein. Bei der Siegerehrung zeigte sich die Einigkeit unter den Teilnehmenden auf besondere Weise.

So oft wie noch nie teilten sich mehrere Personen dieselbe Platzierung. Dies überraschte auch die langjährige Hauptorganisatorin und Moderatorin des Turniers, Claudita Sommer. Sie wies darauf hin, dass dafür nicht nur dieselbe Gesamtzahl der Schläge nötig ist. Alle müssen bei den zwölf Bahnen auch gleich oft dieselbe Punktzahl erreicht haben, beispielsweise zweimal einen, achtmal zwei und zweimal drei Versuche. Bei den Erwachsenen gab es drei erste Sieger, die alle auf 24 Punkte kamen.

„Tolle Arbeit“

Wie jedes Mal erhielten alle Teilnehmenden eine Urkunde und Gummibärchen. Die Sieger bekamen noch Sachpreise, gespendet von der Gemeinde Planegg und dem Münchner Geschäft „Breitengrad“. Planeggs Erster Bürgermeister Hermann Nafziger hatte bei der Eröffnung betont,

„immer sehr gerne“ zum Minigolfturnier des VdK zu kommen. Er dankte dem Verband für die „tolle Arbeit“, bevor er kurz danach mit dem ersten Schlag das Turnier eröffnete.

VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder freute sich, dass auch im 41. Jahr des Turniers so viele Kinder und Erwachsene mit und ohne Behinderung an der Veranstaltung teilnahmen. Er dankte herzlich den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom VdK-Kreisverband München, von der VdK-Landesgeschäftsstelle sowie dem 1. Bahnengolfclub München-Planegg. Der Verein stellt jedes Jahr die wunderschön an der Würm gelegene Anlage zur Verfügung. Pausder, der seit seiner Kindheit dem Verein angehört, dankte dem Vorstand für dessen großes Engagement sowie der Gemeinde Planegg für deren finanzielle Unterstützung. Ohne dies alles gäbe es den Bahnengolfclub nicht mehr, betonte Pausder.

Vereinsvorsitzender Fritz Braun sagte, für seinen Club sei es immer eine Freude, das Turnier gemeinsam „mit den Freunden vom VdK“ auszurichten. Ebenso wie seine Vorstandskolleginnen und -kollegen war auch Braun den ganzen Tag im Einsatz und sorgte mit dafür, dass alles reibungslos lief.

Gelungene Inklusion

Münchens VdK-Kreisgeschäftsführerin Sina Grefe nannte das Turnier beispielhaft für gelungene Inklusion. Das gemeinsame Spielen stand im Mittelpunkt. Die Teilnehmenden unterstützten sich gegenseitig. Bahnbegleiterinnen und -begleiter, zu denen neben Minigolfmeistern auch jugendlicher Nachwuchs gehörte, zeigten, wie die Hindernisse auf den Bahnen zu überwinden sind.

Helferinnen und Helfer versorgten Jung und Alt mit kalten Getränken, Butterbrezen, Grillwürsten mit Kartoffelsalat, süßem Gebäck und Kaffee. Ein DJ legte stimmungsvolle Musik auf. Bei der Siegerehrung am Ende feierten sich alle mit „We are the Champions“ und hoffen auf weitere „Tage wie diese“.

Auf zum Trachten- und Schützenzug

Auch beim diesjährigen Oktoberfest stellt der VdK-Kreisverband München beim Trachten- und Schützenzug am Sonntag, 21. September, wieder Sitzgelegenheiten für Schwerbehinderte bereit.

Die Sitz- beziehungsweise Stellplätze vor dem Wittelsbacher Brunnen (Lenbachplatz) bieten schwerbehinderten Menschen und Rollifahrerinnen und -fahrern eine gute Sicht. Erstmals ist vorab keine Abholung der Berechtigungsscheine nötig. Bitte bringen Sie Ihren Schwerbehindertenausweis mit, um vor Ort in den Bereich eingelassen zu werden. Die begrenzt verfügbaren Plätze sollten bis spätestens 9.30 Uhr eingenommen werden.

Türen offen beim VdK

Besucheraansturm bei der Aktionswoche in den Kreisverbänden des VdK-Bezirks Oberbayern

Im VdK-Bezirk Oberbayern stellten VdK-Ehren- und Hauptamtliche Ende Juni die Arbeit des Sozialverbands vor. Der bunte Mix aus Beratung und Unterhaltungsprogramm kam bei den Gästen gut an.

Über barrierefreie Toiletten informierte der VdK Oberland. Die Idee kam von VdK-Kreisvorsitzender Susann Enders, die sich seit vielen Jahren mit großem Engagement für dieses wichtige Thema einsetzt. Die beiden VdK-Ortsverbände Neuötting und Töging (Kreisverband Mühldorf-Altötting) informierten an VdK-Ständen die Besucherinnen und Besucher über die Angebote des Sozialverbands.

Ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der drei VdK-Ortsverbände Mammendorf, Buchenau und Puchheim (Kreisverband Fürstenfeldbruck) standen gemeinsam mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisverbands auf verschiedenen Wochenmärkten für Fragen der Ratsuchenden zur Verfügung. Der VdK-Kreisverband Fürstenfeldbruck hatte einen Infostand am Viehmarktplatz aufgebaut. Dort drehten Besucherinnen und Besucher am VdK-Glücksrad und kamen mit Ehren- und Hauptamtlichen ins Gespräch. Sozialrechtliche „Speed-Beratung“ bot das Team des VdK Dachau unter der Regie von VdK-Kreisgeschäftsführer Danny Machne an. Auch für das leibliche Wohl und für musikalische Unterhaltung war gesorgt.

Leben wie imMittelalter

Mitglieder des VdK-Ortsverbands Pliening (Kreisverband Ebersberg) haben einen Ausflug nach Burghausen unternommen.

Sie besuchten „die längste Burg der Welt“: Mit mehr als einem Kilometer Länge thront die Burganlage über der denkmalgeschützten Altstadt. Gemeinsam tauchten die VdKler ins Mittelalter ein und erhielten bei einer Führung Infos über die 1000-jährige Geschichte Burghausens.

Bei Anruf Kultur

Kulturvermittler bringen Kunst übers Telefon direkt ins Wohnzimmer

Kostenlose Führungen per Telefon durch Museen, Städte, Gärten oder Kirchen – das ermöglicht „Bei Anruf Kultur“. Initiiert wurde das Projekt vom Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg. Heute ist es ein bundesweites Angebot.

Eine sympathische Stimme meldet sich am Telefon. „Herzlich willkommen zu unserer Telefonführung durch die Deichtorhallen in Hamburg. Ich bin heute als Moderatorin zugeschaltet. Wir sind 25 Teilnehmer. Die Führung ist ausgebucht.“

Eine der Teilnehmerinnen ist Ingrid J.* Die 85-Jährige hat es sich zu Hause in Hannover in ihrem Sessel bequem gemacht. Sie will sich am Telefon durch die Ausstellung „Wunderbild“ in den Deichtorhallen führen lassen. Ingrid J. kann nicht mehr gut sehen und ist gespannt, was sie erwartet.

Riesige Stoffbahnen

Dann meldet sich Kulturvermittlerin Stefanie Reimers am Telefon zu Wort: „In den Deichtorhallen ist gerade ein besonderes Werk zu sehen – das ‚Wunderbild‘ von Katharina Grosse.“ Sie spricht von einer „malerischen Installation“ und beschreibt, wie auf beiden Seiten der ehemaligen Markthalle Stoffbahnen von der Decke hängen, die 20 Meter hoch und 60 Meter breit sind. „Es dauert ungefähr eineinhalb Minuten, um daran vorbeizulaufen“, sagt Reimers. Sie will den Kunstinteressierten am Telefon einen Eindruck von der Größe des Werkes vermitteln.

Die Telefonführung ist Teil des Angebots „Bei Anruf Kultur“. Es wurde im Jahr 2021 vom Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg (BSVH) und Grauwert, Büro für demografiefeste Lösungen, entwickelt. Es bringt Kunst und Kultur zu den Menschen nach Hause, die entsprechende Angebote aus verschiedenen Gründen nicht nutzen können. Es sind Menschen, die eine Seh- oder Hörbehinderung haben, in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wegen psychischer Einschränkungen das Haus nicht verlassen oder sich den Besuch nicht leisten können.

Melanie Wölwer, die das Projekt leitet, weiß, dass 71 Prozent derjenigen, die „Bei Anruf Kultur“ nutzen, eine Beeinträchtigung oder Behinderung haben. Seit das Projekt gestartet wurde, hätten sie viele „herzerwärmende Rückmeldungen“ erreicht, erzählt sie. 94 Prozent aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden sich sogar dreimal im Monat für eine Führung anmelden.

Gestartet ist das Projekt mit fünf Führungen, die in der Corona-Pandemie für Menschen mit Sehbehinderung konzipiert wurden. „Es ist ein klassisches Corona-Kind“, sagt Wölwer. Heute beteiligen sich 111 Museen aus dem ganzen Bundesgebiet. Im Programm stehen etwa die

Staatsgalerie in Stuttgart, die Bundeskunsthalle Bonn, das Museum Barberini in Potsdam und Goethes Gartenhaus in Weimar. Es werden auch Stadt-, Garten und Kirchenführungen organisiert. Das Spektrum reicht von Kunst über Geschichte bis hin zur Literatur.

Ingrid J. hat im Jahr 2024 zum ersten Mal von dem Angebot gehört. Seitdem nimmt sie regelmäßig daran teil. Sie interessiert sich besonders für Kunst, Geschichte und Politik. „Ich setze mich hin und mache eine Stunde gar nichts außer zuzuhören“, sagt sie. Vorher überlege sie sich oft, wie sie selbst diese Führungen anfangen oder was sie sagen würde. „Das Werk wird meist so beschrieben, dass man es sich richtig vorstellen kann. Es ist ein tolles Angebot“, so die 85-Jährige.

Bunt und farbgewaltig

Reimers, die Kunstwissenschaftlerin ist, nennt das „Wunderbild“ am Telefon „bunt, farbgewaltig, farbenfroh“. Es würde aussehen, als ob die bunten Flächen vorn und die weißen Flächen weiter hinten wären. Dadurch wirke es so, als könne man in das Bild hineinschauen. Manche Farbflächen würden sie an das „Blaue Pferd“ von Franz Marc und andere an esoterische Farbverläufe erinnern.

Sie spricht über den Ort der Ausstellung und wie sich das Licht im Tagesverlauf verändert. Sie erzählt von der 64-jährigen deutschen Künstlerin Katharina Grosse und wie diese für das „Wunderbild“ Stoffbahnen in einer großen Halle auf den Boden gelegt und mit Farbe besprüht hat. Zweimal gibt es Gelegenheit, Fragen zu stellen: Ob die Farbschichten zu ertasten wären, möchte jemand wissen, und wie die Ausstellung zustande kam, ein anderer. Reimers antwortet.

Kostenloses Angebot

Das Angebot „Bei Anruf Kultur“ ist kostenlos. Gefördert wird es von Aktion Mensch und der Hamburger Kulturbehörde. Die Förderung deckt rund 75 Prozent der Kosten. Den Rest müssten sie selbst aufbringen, sagt Wölwer. Leicht sei das nicht.

Das Programm ist als Newsletter, per Post, auf der Webseite und über eine telefonische Hotline verfügbar. Anmelden können sich Interessierte telefonisch oder über die Webseite. Sie erhalten dann eine Telefonnummer, über die sie sich drei Minuten vor dem Termin einwählen. Eine Moderatorin koordiniert den Ablauf und kümmert sich um die Technik. Die Führung dauert eine Stunde. „Es muss allen möglich sein, sich zu informieren, das Programm zu hören und sich anzumelden“, so Wölwer.

Ingrid J. hat die Telefonführung zum „Wunderbild“ sehr gefallen. Sie hat auch schon den nächsten Museumsbesuch per Telefon geplant: Es ist die Ausstellung „Marga Böhmers Katzen“ im Museum Peter August Böckstiegel im westfälischen Werther.

Mitmachen

Das Programm erfragen Interessierte über die Hotline, oder sie finden es auf der Webseite:

•(0 40) 20 94 04 69



In diesem Video zeigt Stefanie Reimers, wie sie arbeitet:



Komische Inklusion

Neuer Kinofilm thematisiert Down-Syndrom

Es gibt nicht viele Kinofilme, in denen die Hauptfigur eine Behinderung hat. Dass die Geschichte außerdem lustig ist, ohne diskriminierend zu sein, ist noch seltener der Fall. Auf die Komödie „Ganzer halber Bruder“ trifft all das zu. Das gelingt dank einer klar erzählten Geschichte und zwei tollen Hauptdarstellern, denen die Rollen auf den Leib geschrieben scheinen. Der Film kommt am 18. September in die Kinos.

Christoph Maria Herbst ist als Büro-Fiesling „Stromberg“ in der gleichnamigen Fernsehserie einem großen Publikum bekannt geworden. Kürzlich hat er für seine Rollen in „Der Buchspazierer“, „Der Spitzname“ und „Ein Fest fürs Leben“ den Bayerischen Filmpreis in der Kategorie „Bester Darsteller“ erhalten. In dem Film „Ganzer halber Bruder“ glänzt an seiner Seite Nico Randel in seiner ersten Kino-Hauptrolle und bildet zusammen mit Herbst ein kongeniales Duo. Die zwei stellen ein ungleiches Geschwisterpaar dar. Herbst spielt einen verbrecherischen Immobilienmakler mit Knasterfahrung, und Randel verkörpert dessen Halbbruder Roland, einen Hobby-Gewichtheber mit Down-Syndrom.

Frisch aus dem Knast

Worum geht es? Thomas (Christoph Maria Herbst) kommt frisch aus dem Gefängnis, als er erfährt, dass er von seiner ihm bis dato unbekannten Mutter ein Haus geerbt hat. Das kommt dem Ex-Häftling gelegen, weil er vollkommen pleite ist. Doch dann erfährt er von seinem Halbbruder Roland (Nico Randel), der das Haus bewohnt und ein lebenslanges Wohnrecht genießt.

Thomas zieht von nun an alle Register, um Roland aus dem Haus zu ekeln. Denn er will die Immobilie zu Geld zu machen, um sich einen Neuanfang in Spanien zu finanzieren. Er nistet sich bei seinem Halbbruder ein und versucht mit üblen Tricks, sein Ziel zu erreichen. Doch Roland bietet ihm die Stirn und lässt sich nicht so leicht hinters Licht führen. So entwickelt sich eine unterhaltsame Geschichte, in deren Verlauf sich die Frage stellt: Wer hat von den beiden eigentlich den größeren Förderbedarf? Während Roland ein geordnetes Leben führt mit Haus, Job, Vereinssport und Freunden, ist Thomas mittellos, arbeitslos, obdachlos und skrupellos bei der Durchsetzung seiner Interessen – und die Kontakte, die er hat, führen ausschließlich ins kriminelle Milieu.

Die charmant-überdrehte Komödie spielt mit Klischees, indem sie die beiden Protagonisten aus maximal unterschiedlichen Lebenswelten aufeinander loslässt – und die vorprogrammierten Missverständnisse humorvoll und gekonnt in Szene setzt.

Mit Fingerspitzengefühl

Der Film trifft den richtigen Ton und lässt das notwendige Fingerspitzengefühl beim Thema Behinderung nicht vermissen. Das Drehbuch des von Hanno Olderdissen inszenierten Films stammt von Clemente Fernandez-Gil, der Vater eines Sohnes mit Trisomie 21 ist. Der Drehbuchautor bezeichnet den Film in einem Interview recht treffend als einen „inklusive Film, nicht über, sondern mit und für Menschen mit dem Down-Syndrom“. Darüber hinaus werden sicher Komödien-Liebhaber und Fans von Christoph Maria Herbst auf ihre Kosten kommen.

Auf die Frage, was die Kinozuschauerinnen und Kinozuschauer von dem Film mitnehmen sollen, sagt Fernandez-Gil: „Im Idealfall ist das ein Mensch, der wegen Christoph Maria Herbst reingeht und rausgeht mit Roland. Im Idealfall lernt er ein bisschen etwas über Menschen mit Beeinträchtigungen. Vielleicht lernt er auch, diese Menschen zu akzeptieren und ihnen den inklusiven Raum zu gewähren, den sie beanspruchen möchten.“

Gegen Widerstände

Der vielleicht größte Verdienst des Films ist, dass sich der Zuschauer oder die Zuschauerin in Rolands Situation hineinversetzen und Empathie entwickeln kann. Nicht weil Roland eine Behinderung hat, sondern weil er kämpft und ein Ziel hat, nämlich seinen Platz in der Gesellschaft zu verteidigen – gegen Widerstände, Vorurteile und Rahmenbedingungen, die ihn dabei behindern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Klinik-Rankings sind oft nutzlos

Widersprüchliche Ergebnisse – Expertin erklärt, wie sich das passende Krankenhaus finden lässt

Wer nach einem guten Krankenhaus sucht, informiert sich oft auf Internetportalen oder nutzt Klinik-Rankings. Doch sind diese Listen auch hilfreich? Die VdK-Zeitung hat bei Carola Sraier, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen (BAGP), nachgefragt.

Seit 2005 veröffentlichen die Krankenhäuser Qualitätsberichte, in denen sie über ihre Arbeit informieren. Diese Angaben lassen sich nutzen, um Kliniken zu vergleichen und die passende auszuwählen. Viele private Anbieter erstellen auf Grundlage dieser Daten Klinik-Rankings, beispielsweise das F.A.Z.-Institut, die Webseite „Klinik Kompass“ oder die Zeitschrift „Focus“. Diese liefern teils widersprüchliche Ergebnisse. „Wir empfehlen diese Listen nicht, weil wir finden, dass sie nicht hilfreich sind“, sagt Sraier.

Je nach Portal werden unterschiedliche Faktoren erfasst und gewichtet, wie etwa Hygiene, Pflege, technische Ausstattung, Behandlungsergebnisse, aber auch die Einschätzungen von Expertinnen und Experten sowie Patientinnen und Patienten. „Es gibt keine Transparenz, wie diese Bewertungen zustande kommen“, so die Expertin.

Außerdem können einige Angaben die Bewertung verfälschen. Beispielsweise werden in großen Krankenhäusern häufiger schwere Fälle behandelt, bei denen manchmal Komplikationen auftreten. Problematisch ist auch die Tatsache, dass viele Privatunternehmen den in ihrem Ranking genannten Top-Kliniken das Recht verkaufen, mit ihrer Platzierung zu werben.

Mehrere Quellen nutzen

Um eine gute Klinik zu finden, empfiehlt Sraier, mehrere Portale zu nutzen, um neutralere Informationen zu erhalten. Hilfreich sind dabei auch der Bundes-Klinik-Atlas, das Deutsche Krankenhaus-Verzeichnis sowie die Webseiten verschiedener Krankenkassen, zum Beispiel der AOK-Gesundheitsnavigator. Die Anbieter dieser Portale verfolgen keine wirtschaftlichen Interessen.

Dabei sollte man sich immer vor Augen halten, dass die Daten, auf die die Portale zurückgreifen, bereits eineinhalb Jahre alt sind. „Es kann gut sein, dass zwischenzeitlich eine Veränderung stattgefunden hat“, so Sraier. Im Zweifelsfall solle man in der Klinik anrufen und nachfragen.

Zusätzlich rät die Expertin, mehrere Quellen heranzuziehen. „Portale sind nur ein Anhaltspunkt“, betont sie. „Für die Auswahl der richtigen Klinik braucht es etwas Zeit.“ Eine erste Vorauswahl findet statt, wenn sich das Krankenhaus in der Nähe des Wohnorts befinden soll. Wichtig ist, sich zu erkundigen, ob es die entsprechende Fachabteilung gibt, und wie häufig dort Eingriffe vorgenommen werden.

Ein weiterer Faktor, der in die Entscheidung miteinbezogen werden kann, ist die Ausstattung der Klinik mit Pflegepersonal, Ärzten und Therapeuten. Nicht zuletzt sollte man sich mit dem behandelnden Arzt oder der Ärztin besprechen. Auch Freunde und Bekannte können gute Ratgeber sein. „Man ist als Patientin oder Patient froh, wenn man eine gute Empfehlung bekommt“, bekräftigt Sraier.

Weiche Faktoren

Ebenfalls relevant sind die sogenannten „weichen Faktoren“, die einen großen Anteil daran haben, ob man sich in einer Klinik wohlfühlt oder nicht: Hier geht es um die Patientenzufriedenheit, Beschwerdemöglichkeiten, Patientenfürsprecher, Serviceangebote wie ein ehrenamtlicher Empfangs- und Begleitedienst oder Seelsorge. Wünscht man ein Ein- oder Zweibettzimmer, sollte man Preise und Verfügbarkeit checken. Telefon am Bett, Fernsehen oder Internet kosten oft extra.

Und schließlich ist auch die Lage des Krankenhauses wichtig: Ist es gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar? Weitere Auswahlkriterien können Barrierefreiheit oder Serviceangebote sein, wie beispielsweise die Unterbringung von Begleitpersonen.

Gefälschte Schreiben in Umlauf

Betrüger verschicken Briefe und E-Mails von vermeintlichen Steuerbehörden

In den vergangenen Wochen und Monaten haben viele Menschen gefälschte Briefe oder E-Mails erhalten. Die Absender geben vor, die zuständige Steuerbehörde zu sein und wollen an persönliche Daten, Bankdaten und Geld kommen. Die Lohnsteuerhilfe Bayern (Lohi) warnt vor solchen Fake-Mails und -Briefen.

Bei den Briefen sieht das Schreiben, das angeblich vom Bundeszentralamt für Steuern stammt, auf den ersten Blick täuschend echt aus. Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch einige Ungereimtheiten, an denen man den Betrug erkennen kann. So wird die Adressatin oder der Adressat in der Anrede nicht namentlich angesprochen. Das Schreiben beginnt mit „Sehr geehrte Steuerzahlerin und sehr geehrter Steuerzahler“. Solch allgemeine Anreden sind in der Regel schon ein Hinweis auf Fälschungen. Oft fehlt zudem die steuerliche Identifikationsnummer (Steuer-ID) der Empfängerin oder des Empfängers, oder es wird eine falsche ID genutzt. Daher ist es ratsam, die Nummer – falls vorhanden – auf Richtigkeit hin zu überprüfen. Weiterer Hinweis auf Betrug: Für die Steuererklärung ist ausnahmslos das örtliche Finanzamt zuständig. Bei entsprechenden Aufforderungen wäre der korrekte Absender also das regionale Finanzamt.

In dem Schreiben wird vorgetäuscht, die Steuererklärung für das Jahr 2023 sei zu spät eingegangen. Daher werde nun ein Zuschlag fällig, der innerhalb von zwei Tagen überwiesen werden müsse. Andernfalls drohten weitere Strafen oder eine Pfändung. „Völliger Quatsch“, sagt Lohi-Vorstand Tobias Gerauer. „Das Finanzamt würde eine Zahlung niemals innerhalb von zwei Tagen einfordern, sondern einen Monat gewähren.“ Auch mit einer Pfändung würden Finanzämter nicht vorschnell drohen. Stattdessen wäre eine ausführliche Rechtsbehelfsbelehrung im Brief enthalten.

Auf einem der Lohi vorliegenden Betrugsschreiben fällt außerdem auf, dass dort keine deutsche, sondern eine spanische Kontoverbindung angegeben ist. Doch keine deutsche Behörde unterhält Konten in Spanien.

„Absender“ variieren

Bei den gefälschten E-Mails variiert der vermeintliche Absender. Mal ist es das Finanzamt, mal das Online-Portal Elster, mal das Bundeszentralamt für Steuern. Bei manchen wird eine bevorstehende Rückzahlung vorgetäuscht, für deren Erhalt man seine Kontodaten verifizieren müsse. Wird dann auf den Link-Button geklickt, werden die Bankdaten abgefischt und missbraucht. Bei anderen Mails werden die Empfänger aufgefordert, ihre hinterlegten Personendaten auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auch hierfür soll ein Button angeklickt werden.

In allen Fällen rät die Lohi, keineswegs zu reagieren und weder den Link-Button zu betätigen noch Anhänge zu öffnen. Die echten Steuerbehörden versenden grundsätzlich nur

Benachrichtigungen per E-Mail, fragen aber niemals persönliche Angaben, Bankverbindungen oder Passwörter ab. Bei Unsicherheit ist es sinnvoll, sich im echten Elster-Portal einzuloggen. Dort liegen die Nachrichten der Finanzbehörden im Posteingang.

Auch Adressaten falscher Briefpost „sollten sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und auf keinen Fall vorschnell Zahlungen vornehmen“, empfiehlt Gerauer. Im Zweifelsfall sei es ratsam, beim zuständigen Finanzbeamten anzurufen und nach der Richtigkeit des Sachverhalts zu fragen.

Neuer Pflegebeitrag für die Rente

VdK kritisiert Regelung, sieht aber keinen Verstoß

Zum 1. Januar 2025 wurde der monatliche Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr 3,6 Prozent angehoben. Für Rentnerinnen und Rentner wurde eine Sonderregelung getroffen, die für einige nicht verständlich war.

Weil der Bundesrat die Beitragserhöhung erst am 20. Dezember 2024 beschlossen hatte, wurde eine spezielle Regelung in die Verordnung aufgenommen, die es der Deutschen Rentenversicherung (DRV) erlaubte, die Anpassung bei den rund 22 Millionen Renten erst zum 1. Juli 2025 umzusetzen.

Ausnahme für Monat Juli

Als Ausgleich für die ersten sechs Monate 2025 sieht die Verordnung vor, dass die Rente im Juli 2025 einmalig mit einem um 1,2 Prozentpunkte höheren Beitragssatz belegt wird, also mit 4,8 statt 3,6 Prozent. Den Vorwurf einiger Medien, die Renten seien im Zusammenhang mit der Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge falsch berechnet worden, wies die DRV zurück. Die Berechnung der Renten sei korrekt und rechtskonform auf Grundlage der Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit umgesetzt worden.

Der VdK kritisiert, dass als Berechnungsgrundlage nicht die Rente genutzt wurde, die bis vor der Rentenanpassung am 1. Juli galt, sondern die ab diesem Datum um 3,74 Prozent höhere Rente. „Die DRV hat die aktuelle Rechtsverordnung zwar sehr weit ausgelegt, aber rechtlich korrekt umgesetzt“, sagt Daniel Overdiek, Leiter der Rechtsabteilung des VdK Bayern. Die sich aus der Rechtsanwendung ergebenden Abweichungen lägen je nach Rentenhöhe im Cent- oder im unteren einstelligen Euro-Bereich. „Rechtsmittel dagegen einzulegen, erscheint nach derzeitiger Rechtslage nicht erfolgversprechend.“

Außerdem wurde im Juli pauschal bei allen Rentnerinnen und Rentnern der für die ersten sechs Monate einmalig um 1,2 Prozentpunkte höhere Beitragssatz von 4,8 Prozent abgezogen, auch bei denjenigen, die beispielsweise erst zum Mai 2025 in Rente gingen.

Badener in schwäbischen Diensten

„Tatort“-Darsteller Richy Müller wird 70 Jahre alt

Richy Müller gilt als vielseitiger Charakterdarsteller. Dennoch verbinden viele den gebürtigen Badener nur mit dem Stuttgarter „Tatort“-Kommissar Thorsten Lannert. Am 26. September wird er 70 Jahre alt.

„Richy“ hat nichts mit seinem echten Vornamen zu tun. Als Hans-Jürgen Müller kam er 1955 in Mannheim auf die Welt. Bei seinen Eltern, die eine Gaststätte betrieben, wuchs er „total behütet“ auf, wie er später erzählte. In seiner Jugend war er Leistungsturner, machte eine Lehre als Werkzeugmacher, bevor er sich erfolgreich an der Schauspielschule in Bochum bewarb.

Das Studium schloss er nicht ab, bekam aber dennoch mit 24 Jahren eine tragende Rolle in dem dreiteiligen Fernsehfilm „Die große Flatter“ nach dem Roman von Leonie Ossowski. Er spielte einen jugendlichen Außenseiter, der in einem Berliner Armenviertel lebt und kriminell wird. Weil er „Richy“ dabei so überzeugend darstellte, ist dies seither sein Spitzname.

Auch für Rainer Werner Fassbinder, in dessen Film „Kamikaze 1989“ er mitwirkte, war er „Richy“, und so gab Müller sich diesen Vornamen als Künstlernamen. Trotz zwischenzeitlicher Durststrecke machte er im Kino und TV sowie auf der Theaterbühne weiter Karriere. Mitte der 1990er-Jahre trat er in den Kinoerfolgen „Das Superweib“, „Irren ist männlich“ und „Die Apothekerin“ auf. Zudem war er in internationalen Produktionen wie dem Actionstreifen „xXx“ von 2002 an der Seite von Samuel L. Jackson und Vin Diesel zu sehen.

2008 wurde der Badener Nachfolger von Dietz-Werner Steck als „Tatort“-Kommissar in Stuttgart. Bis heute spielt Richy Müller an der Seite von Felix Klare alias Sebastian Bootz den Ermittler Lannert, der mit seinem alten Porsche 911 auf Verbrecherjagd geht.

Müller, Vater einer Tochter und eines Sohnes, engagiert sich für „Arche Intensivkinder“, ein Projekt für Kinder mit Dauerbeatmung, und ist auch Träger des baden-württembergischen Verdienstordens.